

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer **41**

Dezember/Januar 2008/2009



- + Asse-Laugen nach Höfer - auf ein Neues in 2009?
- + Trocken im Abgang oder Putsch der Viererbande?
- + Atommüllzug wieder durch Cello - aber mit Verspätung
- + Wenn Lampenputzern das Licht ausgeht - Laternengespräche
- + Der Fall Warg und Biermann in Tulsa
- + Streik der Schornsteinfeger
- + BSG / Die Linke - Stadtwerke zurückkaufen!

INHALT

Wir sind zu den Menschen gefahren." (Sander) - Asse-Laugen nach Höfer - auf ein Neues in 2009?	Seite 03
Trocken im Abgang oder Putsch der Viererbande? Tschüss Martin!	Seite 06
Leserbrief Mandatsverlängerung Afghanistan	Seite 07
Wenn Lampenputzern das Licht ausgeht Laternengespräche	Seite 08
Atommüllzug wieder durch Celle - aber mit Verspätung	Seite 10
Wie Politik und Öffentlichkeit aktuelle Krisenfälle besprechen Der Fall Warg und Biermann in Tulsa	Seite 11
Bürger fragen - Politiker antworten nicht Diesmal - Dr. Peter Struck	Seite 13
Streik der Schornsteinfeger	Seite 14
BSG / Die Linke Stadtwerke zurückkaufen!	Seite 14
Schluss mit den Nazitreffen in Eschede	Seite 16
Neue Soziale Bewegungen in Celle (8) Das Unabhängiges Jugendzentrum in Celle	Seite 17
Lokales - Meldungen	Seite 20
Literatur Arisierung und Wiedergutmachung in Celle	Seite 26
Celle April 1945 revisite	Seite 27
Termine in Kino achteinhalb	Seite 29
Termin HÖLLE HAMBURG & Übriggebliebene Ausgereifte Haltungen & Ted Gaier	Seite 30
Termine	Seite 31

Hallo liebe Leute,

das Jahr neigt sich nun langsam dem Ende entgegen. Da kommt unsere letzte Ausgabe (in diesem Jahr) gerade noch rechtzeitig um euch alle schöne Tage und einen guten Rutsch zu wünschen.

Bitte bleibt uns gewogen...



Impressum:

Revista, Nr. 41
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

"Wir sind zu den Menschen gefahren." (Sander)

Asse-Laugen nach Höfer – auf ein Neues in 2009?



"Meine Damen und Herren, seit Vorliegen des Statusberichtes ist Weiteres aufgetaucht, was uns Probleme bereitet oder zumindest die Bevölkerung verunsichert hat, ob es in Höfer oder Hope war. Dort sind Laugen eingelagert worden. Aber wir haben sofort reagiert. Wir sind zu den Menschen gefahren. Das

Landesbergamt hatte Rückstellproben genommen, die wir untersuchen konnten. Daher konnten wir zumindest darstellen, dass all diese Proben unter den für Radioaktivität maßgeblichen Grenzwerten lagen. [...] Daher kann ich nur jedem [...] empfehlen, in Zukunft nicht zur Verunsicherung der Bevölkerung beizutragen."

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz, in der Sitzung des Niedersächsischen Landtags vom 8. Oktober 2008.

Bis Juni 2008 waren die aus dem Deckgebirge in das Atommüllendlager Asse zutretenden Salzlösungen in stillgelegte Salzbergwerke nach Höfer, Hope und Salzdetfurth gebracht worden. Die Transporte wurden dann gestoppt, weil Vorgaben der Strahlenschutzverordnung nicht erfüllt worden waren. Bundesweltminister Gabriel hatte den Vorgang skandalisiert, als er am 13. August behauptete, aus der Asse sei klammheimlich sei radioaktive Lauge nach Höfer verbracht worden. Die Landesregierung sah sich nicht sofort in der Lage, diesen Vorwurf zu widerlegen. Denn: Die Transporte fanden statt, ohne die Information von kommunalen Behörden und der Bevölkerung vor Ort. Und die Salzlösungen sind - wenn auch in geringem Umfang - radioaktiv belastet.

Betreiber und Landesregierung hatten sich aber schon im Juli daran gemacht, alle formalen Hürden für die Wiederaufnahme der Transporte aus dem Weg zu räumen. Mitte November gaben das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und das Niedersächsische Ministerium für Umweltschutz und Klimaschutz (NMU) "grünes Licht". Zeitparallel werden seitdem die Laugen nicht mehr unter Tage gesammelt, sondern nach oben transportiert und auf dem Asse-Gelände in Containern zwischengelagert werden. Und der Schacht Mariagluck in Höfer - soviel steht fest - ist die erste Adresse für die weitere Einlagerung.

Freigabewerte für Mariagluck

Schon im so genannte "Statusbericht des

Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz" (NMU) vom 1. September 2008, der ersten "Aufarbeitung" des Asse-Skandals, wurde zu Höfer gesagt:

"Der Betreiber des Bergwerks Asse II plant, Laugen im Rahmen einer eingeschränkten Freigabe in das Bergwerk Mariagluck zu verbringen. Voraussetzungen für diese Freigabe sind hier

- eine Begutachtung, ob entsprechend § 29 Abs. 2 StrlSchV [Strahlenschutzverordnung] für Einzelpersonen der Bevölkerung eine effektive Jahresdosis von 10 μ Sv [Mikrosievert] bei der Verbringung in das Bergwerk Mariagluck eingehalten wird und zusätzlich die Maßgaben nach § 47 StrlSchV (Begrenzung der Ableitung radioaktiver Stoffe) eingehalten werden können,

- die Vorlage und Begutachtung eines Freigabeablaufplanes, der die einzelnen Schritte der Freigabe regelt,

- sowie der Nachweis über die Erfüllung der Vorgaben dieses Ablaufplanes. Als eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine Freigabe wird eine vollständige radiologische Analyse der freizugebenden Laugen gefordert."

Warum waren diese Maßnahmen überhaupt erforderlich? Weil die bisherigen Verfüllung in Höfer, Hope und Bad Salzdetfurth ohne die eigentlich erforderlichen spezifischen Freigabewerte verlief. Es wurde gemessen und es wurde "freigegeben", d.h. die Unbedenklichkeit bestätigt. Aber: Bei diesen bis zum Juni 2008 erteilten Genehmigungen wurde mit Werten operiert, die "nicht für die hier zu bewertenden Salzlösungen gelten, und weil andere potentiell relevante Radionuklide nicht im erforderlichen Umfang untersucht worden waren" - so die beauftragten Gutachter.

Es galt also, eine "wissenschaftliche Grundlage" für die Genehmigung künftiger Transporte zu schaffen. Die Ingenieurgesellschaft "Brenk Systemplanung GmbH" in Aachen, die - nach Meinung des Infodienstes "Strahlentext" - überwiegend für die Atomindustrie arbeitet, wurde damit beauftragt. Der erste Schritt war dabei die "Berechnung von standortbezogenen Freigabewerten für radioaktiv kontaminierte Salzlauge aus dem Forschungsbergwerk Asse", wozu die Ingenieurgesellschaft bereits am 24.7. und 1.8. "Entwürfe" vorlegte. Diese wurden - auftragsgemäß - mit einem Gutachten vom 22.8. konkretisiert, in dem es um den "Einzelfall einer Verbringung in die Grube Mariagluck" ging. Wohlgemerkt: Eine Woche, nachdem in Höfer die "Bombe" öffentlich geplatzt war, hatte das NMU "Freigabewerte" für die Zukunft feststellen lassen.

Im nächsten Schritt ging es dann darum, gutachtlich bestätigen zu lassen, dass diese Grenzwerte eingehalten werden. Dies geschah mit dem am 12.10. ebenfalls von der Brenk Systemanalyse vorgelegten Gutachten "Standortbezogene Freigabe von Zutrittslösungen aus der Schachanlage Asse. Zwischenbericht von Zutrittslösungen auf der Basis vollständiger Freigabemessungen". Herausgekommen ist ein für Laien ziemlich unverständliches 66-seitiges Werk. Die darin klar definierte Zielsetzung: "Messungen zur Freigabe gefasster Zutrittslösungen zur Abgabe an die Grube Mariagluck"; in der Fußnote findet sich der Hinweis: "Nachträglich wurden weitere ehemalige Salzbergwerke, in denen Asse-Zutrittslösung zur Flutung genutzt werden kann, in die Untersuchungen einbezogen (Bergwerk Hope, südlich von Schwarmstedt, und Schacht Salzdetfurth)." Höfer aber hatte und hat Priorität.

Das erhoffte Ergebnis wird im Gutachten dann so formuliert: "Die gefassten Zutrittslösungen, insbesondere die in Speicherbecken auf der 490-m-Sohle lagernden mengen, können gemäß §29 (2) StrlSchV im Ergebnis der konservativ durchgeführten Freigabeberechnungen ohne Bedenken für die Flutung/Verwahrung der Gruben Hope, Mariagluck, oder Salzdetfurth freigegeben werden."

"... sind Überschreitungen ... nicht mehr zu verzeichnen."



Parallel mussten die Bevölkerungen in Höfer, Hope und Bad Salzdetfurth beruhigt werden. Das Niedersächsische Umweltministerium begab sich am 22. September mit einer "Informationsveranstaltung - Verwertung von Laugen im Bergwerk Mariagluck" nach Höfer und präsentierte den Bürgern Ergebnisse der Rückstellproben. Die Analysen waren von Sachverständigen des TÜV und dem Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) durchgeführt worden. Zehn Prozent der Rückstellproben, waren ausgewertet worden - für Höfer ganz acht (!), genommen zwischen dem 5.2.2007 und dem 23.6.2008. Offen gelegt wurden die Werte für Tritium (H-3) und Cäsium (Cs-137). Beim Tritium war ein Wert unter 100 Bq/l, drei im Bereich zwischen 100 und 200 Bq/l und vier über 200 Bq/l, mit dem Höchstwert bei 280 Bq/l. Bis auf eine Probe mit 1,6 Bq/l lagen alle Cäsium-Werte unter der Nachweisgrenze. Merkwürdigerweise wurde in Höfer ein Wert nicht präsentiert, der aber der Anlage der Pressemitteilung des NUM zu entnehmen ist: Eine Rückstellprobe vom 14.12.2006 wies 300 Bq/l. Als strahlenschutzrelevanten Freigabewert für Tritium hatte - siehe oben - die Brenk Systemanalyse 140.000 Bq/l (Bequerel pro Liter) ermittelt. Letzteres will aber nur wenig heißen.

"Auf Grund der Erhöhung der Freigrenze für Tritium ... sind Überschreitungen ... nicht mehr zu verzeichnen." Mit dieser Feststellung im so genannten "Statusbericht" vom 1.9.2008 spricht das NUM eine einfache Wahrheit aus. In der Strahlenschutzverordnung von 1989 lag die Freigrenze für künstliche radioaktive Stoffe bei 100 Bq pro Gramm. Die von der rot-grünen Bundesregierung 2001 beschlossene Novellierung setzte die spezifische Freigrenze für Tritium auf 1.000.000 Bq. Seitdem haben die Betreiber mit diesem besonders problematischen Stoff kaum noch Probleme - das Gefährdungspotential hat sich dadurch selbstverständlich nicht geändert. Eine im Juni 2007 von Greenpeace Kanada veröffentlichte Studie zeigt auf, dass die Schädlichkeit von Tritium deutlich größer ist, als bis dahin offiziell angenommen wurde. Tritium wird vom Körper aufgenommen und führt zu einer gleichmäßigen Strahlenbelastung aller Organe. Es kann im Körper organisch gebunden werden und bei seinem radioaktiven Zerfall noch nach Jahren den menschlichen Körper schädigen und Krebs hervorrufen.

Und entgegen den Suggestionen mancher Experten und Politiker, ist festzuhalten: Das Tritium ist nicht einfach so in die Laugen gekommen, sondern weil sich die Laugen in einem atomaren Endlager sammeln. Sie sind "durch Freisetzungen in den Einlagerungskammern" (Brenk) entstanden. Richtig mag sein, dass sich die Konzentration des Radionuklids sich mit der Dauer der untertägigen Lagerzeit erhöht. Also ist es sinnvoll, die Lauge nach Eintritt schnell hochzuschaffen und abzutransportieren. Nur: Zu

behaupten, die dieser Stoff sei nicht durch Atommüll kontaminiert, ist Quatsch.

Kurios ist ein anderer Umstand, den das NMU in einer Pressemitteilung vom 22.10.2008 enthüllte: "Zwischen der von April 2005 bis Juni 2008 insgesamt abgegebenen Laugemenge (20.248 Kubikmeter) und der in diesem Zeitraum unter Tage gefassten Menge an Deckgebirgslösung (1.175 Tage mal rund 11,4 Kubikmeter pro Tag, also ca. 13.395 Kubikmeter) besteht eine Differenz von 6.853 Kubikmetern. Folglich wurde mehr Lauge abgegeben, als in diesem Zeitraum hätte zufließen können. Der Betreiber HMGU [Helmholtz Zentrum München] konnte bislang nicht vollständig nachvollziehbar darlegen, ob und in welchem Umfang diese unter Tage in verschiedenen Laugesümpfen zwischengespeicherten Teilmengen auf Radioaktivität beprobt worden sind. "Wir haben den Betreiber aufgefordert, unverzüglich eine umfassende Darstellung dieses Sachverhaltes vorzulegen", erläuterte der Staatssekretär. Die Mengendifferenz müsse erklärt werden, einschließlich der vollständigen und nachvollziehbaren Angaben zu den unter Tage erfolgten Probenahme- und Messschritten."

Im Klartext: Von einem Drittel der in den Schächten versenkten Laugen wusste die Landesregierung nicht auf Anhieb, woher aus der Asse das Zeug herkommt. Aber man gibt sich beruhigt: Oben sei ja alles gemessen worden.

Begleiten statt streiten

Am 20. November wurden dann noch zwei dicke Beruhigungspillen an Lokalpolitik und Bevölkerung verteilt. Im Umweltausschuss des Kreistages referierten der Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie, Lothar Lohff, und zwei Mitarbeiter aus dem NMU, Hans-Christoph Salfeld und Wolfgang Goldbach. Sie hatten einige laue Antworten und ein bisschen selbstkritische Rhetorik mitgebracht. Mehr aber verschwiegen sie: nämlich die ganzen oben beschriebenen Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Transporte nach Höfer. Aber aus dem Ausschuss fragte sie auch niemand danach. Immerhin an einem Punkt hakten einige Kreistagsabgeordnete intensiv nach. Sie wollte wissen, was alles sonst noch seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges in Mariagluck eingelagert worden ist. Ihre Befürchtung: Da braut sich ein gefährlicher Giftcocktail zusammen. Antworten konnten die Referenten bis auf eine Entwarnung nicht geben. Die rund 100.000 m³ in Mariagluck verfüllten Laugen aus der

Rausgasreinigung von Müllverbrennungsanlagen reagieren nicht chemisch mit den Asse-Salzlösungen.

Die zweite Beruhigungsspiel bestand darin, dass für und mit dem in Höfer gegründeten "Arbeitskreis Mariagluck" am selben Tag eine Probenentnahme aus dem Bergwerk vorgenommen wurde. Auch konnte der Arbeitskreis eine Einsicht in die Akten der Kali+Salz AG nehmen.

Als "Begleitgruppe" wird der Arbeitskreis in der Kreisverwaltung titulierte. Und auch der Kommunalpolitik machte man klar, dass sie "begleiten" darf, aber nichts zu sagen hat: "Die Frage des Umgangs und Verbleibs der anfallenden Zutrittslösungen in der Schachanlage Asse II liegt allerdings originär beim Betreiber dieser Anlage."

"Schachanlage Asse II?" Das genau war die Sprachregelung im Umweltausschuss des Landkreises. Im vorgelegten Papier der Referenten taucht weder der Begriff Atommüll auf, noch Endlager oder Radioaktivität.

Seit Juni 2008 wurde keine Zutrittslösung mehr über Tage gefördert, die gesamte anfallende Salzlösung wurde ausschließlich in Sammelbecken unter Tage gefasst. Seit dem 17.11. wird die Salzlösung wieder hochgepumpt und in 12 Container mit einem Speichervolumen für insgesamt 660 Kubikmeter Lauge zwischengelagert. In 55 Tagen sind die Container voll - so stehen wohl im Januar wieder Transporte nach Höfer an.

Dass mehr oder weniger unkontrolliert einfach so Laugen aus einem Atommüllendlager in ein anderes Bergwerk verfüllt wurden, zeigt die Verantwortungslosigkeit der Betreiber im atomaren Alltag. Es sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass der Betrieb von Atomanlagen die eigentliche Verantwortungslosigkeit ist.



Der Transport nach Höfer erfolgte in der Regel wohl an zwei Tagen im Monat, wobei fünf Tankwagen mit gut 20 m³ Salzlösung pro Tag zwei Fahrten realisierten.

Tschüss Martin!



Im Grunde genommen war der Abgang überfällig. Celles Oberbürgermeister ist in den letzten zwei, drei Jahren mit allen großmundig von ihm angekündigten Projekten gescheitert: Weder die geplante Ansiedlung einer Einkaufsgalerie, noch eine anders geartete Aufwertung der Altstadt ist wesentlich vorangekommen - die an Ziel-1-Mittel gebundenen Ideen wie Schlosshofüberdachung oder Allerinsel-Marina sind wie

Seifenblasen zerplatzt - die Bestrebungen zur Standortaufwertung durch eine Universität sind alle im Sande verlaufen. Auf der Haben-Seite ist nicht viel dazu gekommen. Und der Stadt-"Manager" konnte auf der anderen Seite weder den Abzug des Modekonzerns CBR/Street One noch die Verlagerung des Bundesinstituts für Kleintierforschung verhindern. Über den von ihm betriebenen Verkauf der Stadtwerke gibt es heute mehr geteilte Meinungen denn je. Dagegen fallen Kuriositäten wie die Einstellung einer China-Bauftragten oder der kühne Plan einer Autobahnanbindung kaum ins Gewicht.

Bis auf die Durchsetzung der Ostumgehung, den Stadt und Landkreis letztlich nur mit dem finanzpolitisch skandalösen Einsatz kommunaler Mittel erreichten, ist Biermann bei nahezu allen "harten Themen" gescheitert. Und auch bei den "weichen Themen" ist die Bilanz eher durchwachsen: Die Integration der kurdischen Bevölkerung leidet bis heute unter der von ihm betriebenen Immobilienkauf-Kampagne, die Umweltpolitik reduzierte sich fast auf den Erfolg beim "Entente-Florale"-Wettbewerb. Für die kulturelle Landschaft ist die Etablierung der CD-Kaserne sicher positiv, die Ausfälle gegen subkulturelle Milieus wie das Bunte Haus allerdings zutiefst provinziell. Zukunftsträchtig ist vielleicht die Ganztags-Grundschule, und auch die Positionierung Biermanns in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung um seine Vorgänger im Amt, Ernst Meyer und Kurt Blanke, ist beachtenswert.

Unterm Strich ist da einer, der sich gern als "Großer Steuermann" und Visionär darstellte, gescheitert. Das Debakel um die Ziel-1-Mittel in diesem Jahr hat ihn als zum "Kaiser ohne Kleider" gemacht. Der Abgang war erforderlich - dass Biermann ihn ohne jede Aufforderung vollzog, verdient immerhin die Geschmacksbewertung "trocken". Dass der Abgang ihm, wie man zwischen Celles Fassaden munkelt, durch einen lukrativen Berater-Job beim E.on-Konzern ver-

süßt würde, gehört zu den mittlerweile üblichen Geschmacklosigkeiten im Polit-Establishment.

Putsch der Viererbande?

Die Cellesche Zeitung (er)findet sogleich ein Intrigenspiel - und bemüht Analogien aus dem Reich der Mitte. Eine "Viererbande" in der CDU-Ratsfraktion habe Biermanns Demontage betrieben. Gemeint sind die Fraktionsvorsitzende Astrid Peters, die Ratsmitglieder Wulf Haack, Udo Hörstmann sowie Michael Bischoff. Als Gegenspieler Biermanns wurde der Ratsvorsitzende Wulf Haack "geoutet". In einem, allerdings gewichtigen Punkt verweigerten die vier ihrem Oberbürgermeister tatsächlich die Gefolgschaft. Biermann wollte mit einem "ECE"-Einkaufszentrum die Altstadt in einer vermeintlichen Konkurrenz zu Braunschweig und Hannover aufwerten. Große Teile der CDU sehen darin allerdings eine äußerst unbequeme Konkurrenz zum alteingesessenen Einzelhandel, dessen Interessen sie seit jeher vertreten. Und dass Wulf Haack gegen eine Altstadtgalerie im ECE-Format das Potemkinsche Dorf der Kaufmannschaft namens "Zentro Celle" nach Kräften unterstützte, ist kein Geheimnis. Der Putschverdacht aber wurde vor allem dadurch genährt, dass die von Biermann erkorene Thronfolgerin Susanne Schmitt scheinbar auch nicht die ungeteilte Zustimmung der Christdemokraten findet. Udo Hörstmann träumte für einige Tage "seinen Traum" in die Fußstapfen seiner Vaters, des ehemaligen Oberbürgermeisters Helmuth Hörstmann, zu treten. In der Tat ein großes Missverständnis. "Ami" Hörstmann trug zwar den Titel eines Oberbürgermeisters, übte aber eigentlich nur das Amt eines Ratsvorsitzenden mit zusätzlichen repräsentativen Aufgaben aus. Der Job des Oberbürgermeisters ist heute vor allem der des ehemaligen Oberstadtdirektors, also des Chefs einer öffentlichen Verwaltung mit mehreren hundert MitarbeiterInnen. Dieses Missverständnis enthüllt aber vielleicht doch, worauf die Cellesche Zeitung mit ihrem massiven Angriff auf die CDU-Führung zielt: Die Partei scheint einem konservativen Politik-Verständnis verhaftet, in dem sich ihr oberster Mann eben auch durch Heimatverbundenheit (familiäre Tradition), durch Vereinsgebundenheit (Sport- oder Schützenverein) und Volksnähe (Typ jovialer Händeschüttler) auszeichnen sollte. Die Modernisierung durch die derzeitige Rats-Generation beschränkt sich - so gesehen - vor allem darauf, die Celler CDU von ihrem "Dreggerismus", also dem nationalkonservativen Stahlhelm-Denken des alten Hörstmann, befreit zu haben. Aber die neoliberale "Merz"-Revolution hat sie nicht Konsequenz mitvollzogen. Genau dafür aber scheint manchen die Erste Stadträtin Susanne Schmitt zu stehen.

Dann wäre also Schmitt im Bild der Viererbande Hua Guofeng und hätte demnächst zumindest die Entmachtung von Jiang Qing (Peters) und Zhang Chunqiao (Haack) zu besorgen

- fragt sich eigentlich nur: Wer macht den Deng Xiaoping?

"Das Hauptquartier bombardieren!" (Mao)

Für eine - wie auch immer geartete Opposition - böte die aktuelle Krise und das augenscheinliche Versagen der CDU enorme Chancen, gegen die "alten Vier - gegen alte Ideen, alte Kultur, alte Bräuche und alte Gewohnheiten" (Losung der Kulturrevolution) vorzugehen. Doch erstaunlicherweise saß Biermanns stärkste Opposition ja tatsächlich in den eigenen Reihen. Auf die SPD konnte sich der Oberbürgermeister zuletzt verlassen. Sein Abgang wurde also nicht einmal mit Erleichterung aufgenommen, sondern fast eher mit Bestürzung, weil: Man hat auf die Schnelle vor Ort niemanden, der mit einem eigenen Programm gegen Schmitt antreten könnte. Die Bündnisgrünen sind in Sachen Altstadtentwicklung eher auf Seiten der "Viererbande" und waren ansonsten die profiliertesten Gegner Biermannscher Visionen. Und der Kreisverband "Die Linke" verkündet, auf eine eigene Kandidatur verzichten zu wollen: "Die Vertreter der Linken werden einen Vertreter der SPD zum Oberbürgermeister ohne Vorbedingungen mit wählen, weil sie einen Politikwechsel in Celle wollen." Vielleicht sollte man

ihnen mal mitteilen, dass ein Oberbürgermeister nicht von "Vertretern", sondern in einer Direktwahl durch die BürgerInnen bestimmt wird. Da kann man dann ein eigenes Personalangebot machen oder zur Wahl eines anderen aufrufen. Aber egal. Die bedingungslose Unterstützung eines SPD-Kandidaten ist für sich genommen schon merkwürdig: Man muss sich nicht zwischen Schokoladen- und Vanillepudding entscheiden, wenn man keinen Pudding mag.

Angesichts der kriselnden CDU und des neoliberalen Profils ihrer Kandidatin hätte eine Alternative, die mobilisierend wirkt, ja sogar Siegchancen. Nur: Dazu müssten SPD, Bündnisgrüne und Linke sich auf ein gemeinsames Angebot einigen, das auf Rekommunalisierung statt Privatisierung, soziale Integration statt Ausgrenzung und vielleicht sogar Kultur statt Kommerz setzt. Dafür bedürfte es nun aber einer kleinen Palastrevolution in der lokalen SPD.

So können wir die LeserInnen unseres kleinen "kulturrevolutionärem" Magazins wieder nur mit der Weisheit der Mao-Zedong-Ideen trösten: "Willst du den Geschmack einer Birne kennenlernen, mußt du sie verändern, das heißt sie in deinem Mund zerkaue." Wir haben selbstverständlich einen Redakteur diese Weisheit testen lassen. Ergebnis: Mit chinesischen Nashi-Birnen funktionierte es nicht, die hatten auch durchgekauert Null-Geschmack.



Die Viererbande: Astrid, Wulf, Udo und Wolfgang (v. l. n. r.)

Leserbrief

Mandatsverlängerung Afghanistan

Die Bundestagsentscheidung zur Verlängerung des deutschen Afghanistan-Mandats bringt ein Ergebnis, das von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt wird. Der bereits 7 Jahre dauernde Krieg hat keins der erklärten Ziele erreicht. Weder konnte dieser beendet noch Terrorismus zurückgedrängt werden. In vielen Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in Angst unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Die Alphabetisierungsrate ist gesunken. Täglich sterben 600 Kinder unter 5 Jahren, alle 30 Minuten eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist zurückgegangen.

Intervention mit massiver Kriegsführung und vorgesehene Verstärkung von US-Armee und Bundeswehr drohen den

Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland wird noch enger in die NATO-Kriegsführungsstrategie verstrickt, die vor allem aus wirtschaftlichen Interessen abzielt auf Neuordnung in Mittelnahost.

Für den Krieg wird ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für zivilen Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Dieser und soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die Entscheidung des Bundestags zum fortdauernden Einsatz wird dem Frieden kaum eine Chance geben. Aus dem 7-jährigen Krieg scheint ein 30-jähriger zu werden.

Hans Steuernagel

Laternengespräche

Eine menschenleere Celler Innenstadt bei Nacht. Einige Laternen wenden sich einander zu und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch:

Ich hasse dieses "blablabla" Tag für Tag.

Der Besserwisser:

Reiß dich mal zusammen. War doch eine brillante Idee aus dem Rathaus. Mit Leuchten ist man sonst da ja nicht so gesegnet.

Die Dicke:

Aber komm. Das ist doch reiner Touri-Quatsch. Diese saudummen Geschichten über das Adelspack, die wir zum Besten geben müssen.

Der lange Lulatsch:

Heute habe ich statt Herzogin d'Olbreuse mal gesagt: die Herzogin mit der ollen Möse. Da sind sie leicht irritiert weitergegangen.

Oma Lilo:

Bitte nicht vor dem Kind.

Klein Jonas:

Möse, d'Olbreuse - Möse, d'Olbreuse.

Der Besserwisser:

Aber wir haben wenigstens einen halbwegs sicheren Job, so als Künstler gewissermaßen. Unsere Kollegen sollen ja verpachtet werden, outgesourct.

Die Dicke:

Wie - verpachtet?

Der Besserwisser:



Haben die Sozialdemokraten im Stadtrat beantragt. Privat Public Partnership. Durch die zeitweise Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums an den Straßenlaternen - also Verkauf mit Rückkaufvereinbarung oder Verpachtung - an ein privates Unternehmen soll der künftige Stromeinsatz minimiert, die Lampentechnik optimiert und der Investitionsstau durch Erneuerungsinvestitionen beseitigt werden. So soll, meinen die Sozialdemokraten, eine preisgünstige, umweltverträgliche und bürger-

freundliche Straßenbeleuchtung für die Zukunft sichergestellt werden.

Oma Lilo:

Gehen uns sonst die Lichter aus?

Der Besserwisser:

Na das wohl nicht. Es soll für das Stadtsäckel aber nur Vorteile bringen: Vier Millionen Euro zu Beginn von der Betreiberfirma, weil sie das städtische Eigentum nutzen darf. Die Stadt zahlt dann jährlich einen festen Betrag für den Betrieb der Straßenlaternen, inklusive der Stromlieferung sowie Wartung, Instandhaltung und Erneuerung der Anlagen - also zum Beispiel eine Million Euro pro Jahr. Und der Betreiber kann dann zusehen, wie er daraus ein Geschäft macht.

Oma Lilo:

Das klingt ja alles ziemlich windig.

Klein Jonas

pupst.

Die Dicke:

Ist denn schon wer als Betreiber im Gespräch?

Der Besserwisser:

In Lüneburg, habe ich gehört, ist die E.on-Avacon dran interessiert.

Die Dicke zweifelnd:

Und das soll billiger werden?

Der Besserwisser:

Das Ganze soll wohl so funktionieren: Die Stadt gibt ja zur Zeit rund eine Million Euro im Jahr dafür aus, dass wir alles so schön beleuchten. Das sind halt die Energiekosten, dann sind manche von uns ja auch nicht mehr die Jüngsten. Und wenn sie abtreten müssen, ...

Oma Lilo

schluchzt.

Der lange Lulatsch:

.. dann müssen halt neue her. Und die Lampenputzer werden ja auch bezahlt. Die eine Million bekommt dann der neue Betreiber. Und der muss dann zusehen, dass er es billiger hinbekommt.

Der Besserwisser:

Genau. Zum Beispiel durch energiesparende Technik. Ich sage euch, es gibt Laternen, die leuchten mit weniger Strom



genauso hell. Ich sage nur:
Klimaschutz.

Der lange Lulatsch:

Das bezweifeln die Grünen und "die Linken" in Lüneburg aber gewaltig. Die Grünen haben sogar ein Bürgerbegehren gestartet. Beide meinen, dass wenn die Stadt selbst in energiesparende Technologie investieren würde, es unterm Strich für sie günstiger wäre. Ist ja irgendwie auch logisch. Die Privaten wollen ja Gewinne machen, und die könnten ja andersrum auch als Einsparung bei der Stadt landen.



Oma Lilo:

Und was machen dann Jan und Peter? Sollen die uns etwa nicht mehr putzen?

Der lange Lulatsch:

Die werden dann wohl vom neuen Betreiber beschäftigt.

Die Dicke:

Aber Jan ist doch in der ver.di - nehmen die den dann überhaupt?

Der Besserwisser:

Das werden die wohl machen. Aber Private wird schon an den Löhnen drücken wollen. Und wenn nicht bei den Alten, denn wenigstens bei denen, die neu eingestellt werden.

Oma Lilo:

Ich könnte kotzen. Entschuldigung.

Die Dicke:

Erinnerst du dich noch an das Gedicht, das der Mühsam für die deutsche Sozialdemokratie geschrieben hat?

Oma Lilo:

Selbstverständlich. "Aber unser Revoluzzer / schrie: "Ich bin der Lampenputzer / dieses guten Leuchtelichts / Bitte, bitte, tut ihm nichts!"

Die Dicke:

Nicht mal mehr daran halten die Sozen sich.

Beide wenden sich traurig und leuchten-schüttelnd ab.

Der lange Lulatsch:

Ich sage euch, der Tag wird kommen an dem wir glücklich übereinander liegen und als Barrikade unseren Beitrag dazu leisten, diesem ganzen Elend ein Ende zu bereiten.



Der Revoluzzer

Gewidmet der deutschen Sozialdemokratie

War ein mal ein Revoluzzer
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzersschritt
mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: "Ich revolüzze!"
Und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich höchst gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten,
wo er sonst unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster aus.
zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
schrie: "Ich bin der Lampenputzer
dieses guten Leuchtelichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!"

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehn,
kann kein Bürger nichts mehr sehen.
Laßt die Lampen stehn, ich bitt! -
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!"

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revoluzzt
und dabei doch Lampen putzt.

Erich Mühsam

Atommüllzug wieder durch Celle – aber mit Verspätung

Mit erheblicher Verspätung durchfuhr der diesjährige Atommüll-Transport von La Hague nach Gorleben am 9. November um 18.28 Uhr den Celler Bahnhof. Ursache der zwölfstündigen Verspätung: In Berg nahe der französischen Grenze war es drei AktivistInnen gelungen, sich an einem massiven Betonklotz unter den Bahnschwellen anzuketten. Doch das war nur der Auftakt einer Vielzahl gelungener Aktionen, die dazu führten, dass der 11. Transport einen Tag später als von der Polizei veranschlagt das Zwischenlager in Gorleben erreichte.

Tausende AtomkraftgegnerInnen blockierten auf der Schiene und der Straße den Konvoi: In der Schlussphase verstellten Bauern in Quickborn mit 42 Schleppern die sogenannte Nordstrecke, weit über 1000 Menschen beteiligten sich an der Sitzblockade vor dem atomaren Zwischenlager, 8 Personen ketteten sich in Grippel an zwei Betonpyramiden. Es gab Aktionen von Greenpeace und Robin-Wood vor dem Verladekran und am atomaren Zwischenlager.

Zur Auftaktdemonstration waren 16.000 Menschen nach Gorleben gekommen. Das Celler Forum gegen Atomenergie hatte gemeinsam mit dem "atomplenum hannover" einen Bus gechartert; etliche Celler AKW-GegnerInnen fuhren mit PKWs, weil sie sich an den Blockadeaktionen beteiligen wollten. Die BI Lüchow-Dannenberg erklärte angesichts des erfolgreichen Protests: "Atomwirtschaft und die CDU/CSU wollen Gorleben fertig machen, Allen Warnungen von Geologen zum Trotz. Doch wir sind zurück: Wir fordern den Atomausstieg."

Auf der Kundgebung war mit Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall der Bezirke Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, erstmals eine Gewerkschaft prominent vertreten. Meine geißelte die Atomkraft als veraltete, rückwärtsgewandte Technologie. Es reiche nicht aus, sich gegen die Atommülldeponien zu wehren. Er plädierte für den Einsatz regenerativer Energien und mehr Energieeffizienz. - Anti-Atom-Protest und Klimapolitik müssen Hand in Hand gehen, mahnte Tazio Müller an, Aktivist und Mitorganisator des Hamburger Klima-

und antirassistischen Camps. Die Macht der Konzerne müsse angegriffen werden, sozialer und ökologischer Wandel komme von unten. Es sei Zeit für ein ganz anderes Klima, ein politisches: "Auch hier geht es darum, zusammen eine ungehorsame Bewegung aufzubauen, die die Macht der Konzerne bricht". Am politischen Klima waren dieses Jahr auch die Bündnisgrünen interessiert. Sie hatten erfreulicherweise viele der Busse ins Wendland gesponsort. Dafür musste man vor Ort dann leider in Kauf nehmen, dass sie (zu) viele ihrer grünen Fähnchen in den Wind hingen. Laut Atomindustrie werden die weiteren Transporte in den Jahren 2010, 2011 sowie zwischen 2014 und 2017 stattfinden. Im Bundestagswahljahr soll Ruhe sein. Das sehen die Anti-AKW -Initiativen anders. Sie kündigten an, 2009 werde an den Standorten von Kraftwerken, die auf der Stilllegungsliste stehen - Neckarwestheim, Biblis, Brunsbüttel - protestiert.



Anti-AKW-Sonne

"Atomkraft? Nein Danke!" Das Symbol der Anti-AKW-Bewegung soll wieder präsenter werden. Das Celler Forum gegen Atomenergie verschenkt 100 Aufkleber an all jene im Stadtgebiet, die ihn auf ihr Auto kleben wollen. Schickt eine mail an forum-gegen-atomenergie@gmx.de oder: Kommt zu den monatlichen Treffen, die jeweils am zweiten Dienstag im Monat um 20 Uhr im Bunten Haus stattfinden.

Der Fall Warg und Biermann in Tuls



Wenn in der Finanzkrise Milliardenvermögen vernichtet, weltweit operierende Banken zusammenbrechen, sogenannten Global Playern wie General Motors die Pleite droht und Massenentlassungen auf der Tagesordnung stehen, dann hat das auch verheerende Folgen für Leute, die nicht Geld, sondern ihre Arbeitskraft auf den Markt tragen. Für Apologeten der (sozialen) Marktwirtschaft ist das auf jeden Fall eins nicht: ein Argument zur Abschaffung des Kapitalismus. Im Gegenteil: Politik und Öffentlichkeit rehabilitieren das System, indem sie gierige Manager und verantwortungslose Unternehmer, also Menschen ohne Werte und mit schlechtem Charakter, verantwortlich machen. Und sie tun es, indem sie die Politik wegen mangelhafter Regulierung anklagen.

Diese Sorte Propaganda für den Kapitalismus beherrschen auch die Redakteure der Celleschen Zeitung ebenso wie Klaus Tänzer für den Celler Kurier. Im Sommer dieses Jahres wird bekannt, dass die neue Eigentümerin der Modehäuser Warg das Traditionsunternehmen schließen lassen will und allen 58 Beschäftigten die Kündigung ins Haus flattert. Hier entdeckt die CZ nicht eine Wahrheit über den kapitalistischen Alltag, sondern einen klaren Verstoß gegen die "unternehmerische Fürsorgepflicht": "Die Eigentümerin der Modehäuser Warg in Celle und Uelzen lässt gegenüber ihren Mitarbeitern jede soziale Verantwortung vermissen." Denn: "Eigentum verpflichtet!" Und weil das so ist, kann es sich hier nur um menschliches Versagen in Form einer verantwortungslosen "Nur-Erbin" handeln, deren Vorgehensweise von "einer beispiellosen sozialen Kälte" zeugt. Mit der Präsentation eines schuldigen Individuums, einer lieblosen "Lady Eiskalt", die das Lebenswerk der Seniorchefin mit Füßen tritt, erscheint die "70-jährige Erfolgsgeschichte der Firma Reinhard Warg" wie das Paradies auf Erden. Da wird dann von einem Beschäftigungsverhältnis berichtet, wo Mitarbeiter, "die das Warg-Vermögen durch ihren steten Einsatz mehrten", die in jüngster Vergangenheit "auf Gehaltserhöhungen trotz 40 Stunden-Woche verzichteten, Abstriche beim Weihnachtsgeld hinnahmen und teilweise Gehaltskürzungen zum Wohle des Unternehmens zustimmten" und auch in Zukunft "alles zur Stärkung des Unternehmens getan" hätten, sich nicht getraut haben, einen Betriebsrat zu gründen. Auch wenn das einige Mitarbeiter eher an ihren privaten Alltag erinnert - "Wir waren eine Familie, in der jeder für jeden da war..." -, spricht die CZ damit doch eher ganz offen einige Wahrheiten über den alltäglichen Gang des kapitalistischen Geschäfts aus:

- Die Produktivkraft der Arbeit gehört dem Eigentümer der Produktionsmittel, der sie bezahlt und verrichten lässt. Durch dessen Ansprüche ist sie daher auch definiert. Was das bedeutet, das ist den Betroffenen überhaupt kein Geheimnis: Jeder Arbeiter kennt seine Arbeit als "Job", mit dem ihn letztlich nichts weiter verbindet als die Entscheidung des Betriebs, ihm eben diesen Arbeitsplatz zuzuweisen und den so auszustatten, wie es dem Unternehmen in seine Aufwands-Ertrags-Rechnung passt. In der Marktwirtschaft ist es schließlich so, dass der Ertrag der geleisteten Arbeit diejenigen, die sie leisten, überhaupt nichts angeht: Das Arbeitsergebnis ist vollständig und ohne weitere Umstände fremdes Eigentum; den Arbeitern gehört nichts davon. Das bedeutet auch, dass

- Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, d.h. wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend einbringt; nicht genug Profit nämlich.

- Wenn das aber so ist; wenn Arbeit nur stattfindet, wenn und solange sie rentabel ist; dann, weil sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft: Rentabilität ist der ökonomische Zweck, für den sie ausschließlich stattfindet.

- Die Absurdität des "Systems", der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Die soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden oder sie wieder verlieren,





sondern besteht schon darin, dass sie Arbeit brauchen.

- **J a h r e l a n g e**
Dienstbereitschaft schützt nicht davor, sich im Zuge einer fälligen Unternehmens-"Modernisierung" vom Gewohnten verabschieden zu müssen - auch wenn mancher nicht wahrhaben will, was er am eigenen Leib erfährt, und zäh auf seinem Recht besteht, seine Funktion als Anhängsel des Kapitals für eine ihm zustehende Heimat zu halten.

Und weil das so ist, legt sich die ganze Aufregung in der CZ mit Hilfe von ein paar banalen Hinweisen, wie die ganze Angelegenheit richtig zu beurteilen ist. Ein ordentliches deutsches Gericht stellt am Ende fest: 1. "Man darf auch gut gehende Unternehmen stilllegen. Das ist in Deutschland erlaubt. Das kann man keinem Unternehmer verwehren." 2. Die 58 Beschäftigten der Warg-Modehäuser "haben keinen Anspruch auf Abfindungen, weil sie keinen Betriebsrat hatten." 3. Das ist zwar bitter "für die knapp 60 Mitarbeiter, von denen nicht wenige kaum eine Chance haben dürften, noch einmal eine Anstellung zu finden." Aber: "Diese Nachlässigkeit muss sich die Belegschaft selbst zuschreiben" - die demokratische Öffentlichkeit kann also wieder zur Tagesordnung übergehen ...

Einen weiteren ideologischen Beitrag zur "richtigen Beurteilung" des kapitalistischen Geschäftsganges und seiner Krisenfälle leistet OB Biermann höchstpersönlich in einer Rede anlässlich des "German American Day" am 6. Oktober in Tulsa. Er sieht gleich nichts geringeres als "das Wohl der Welt" in Gefahr, weiß von "Ängsten, Sorgen und Nöten anderer Menschen" zu berichten, entdeckt "Menschen in Armut und Not" und fürchtet dabei vor allem eins: dass die Menschen bei all dem Elend am Ende nicht mehr an dieses Wirtschaftssystem glauben können. Denn: "Wie soll jemand an die soziale Verantwortung von Managern glauben, die tausende von Arbeitnehmern in die Arbeitslosigkeit schicken und selbst ihre Gehälter in unvorstellbare Höhe schrauben?" Ganz einfach indem man ihm klar macht, dass "Wir alle", ganz jenseits aller ökonomischen Unterschiede und Gegensätze, die eigentlichen Verantwortlichen der Krise sind: "Junge Broker spielen Monopoly und versenken Milliarden an Geldvermögen. Und das Schlimmste: keiner von uns regte sich in den letzten Jahren darüber auf! Wir ließen es geschehen." Zum Glück weiß OB Biermann Rat: "Was wir brauchen, ist eine weltweite Kontrolle, die von allen Ländern akzeptiert wird." Ohne den nationalen Plural geht gar nichts. Natürlich brauchen "ich und du" eine von der Produktion getrennte Finanzindustrie mit allem Drum und Dran einschließlich Hypotheken, Wertpapieren und sonstigen "Finanzprodukten", ebenso deren Freiheit, "uns" ständig mit neuen "Finanzinnovationen" zu beglücken. Und damit nichts schief geht, braucht es den Staat als echt unabhängige und vertrauenswürdige Stiftung Finanztest - mit der wundersamen pro-

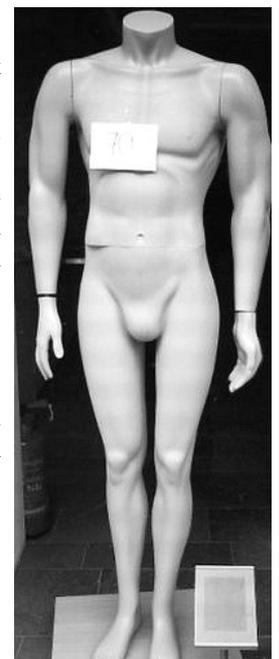
phetischen Gabe, heute schon zu wissen, welche Papiere morgen "faul" sind. Ob der Mann überhaupt weiß, was ein garantiert sicheres Spekulationspapier für ein theoretischer Unsinn ist, auch wenn genau das jeder Anleger gerne hätte? Aber egal - für Biermann wäre das mal ein feiner staatlicher Dienst: Nur diejenigen Kredite und Investments sichern, die sicher ausgehen und die anderen, die platzen, gleich schon vorher verbieten - oder zumindest zurückdrängen - man will ja nicht unrealistisch erscheinen.

Vielleicht sollte man sich doch mal mit der Frage beschäftigen, wie das Finanzkapital die Zahlungsfähigkeit vermehrt, inwieweit es dafür wirkliches Geld braucht oder eben nicht. Ob das Finanzkapital vielleicht nicht vorhandenes Geld, sondern Kreditpapiere auf den Markt wirft, die dann wie Geld funktionieren usw. usf. Ihren überragend wichtigen Dienst leisten die Finanzkapitalisten ihrem Vaterland umso besser, zu je mehr Freiheiten es sie in ihrer spekulativen und an gar keinem Dienst orientierten Vermehrung ihrer Bankprofite, ihrer Schuld- und Vermögenstitel ermächtigt hat. Deshalb sind die Vorwürfe der Politiker an die "Zocker und Spekulanten" in den Finanzagenturen so unehrlich: Die jeweiligen Regierungen selbst haben ihnen jahrzehntelang immer größere Freiheiten eingeräumt, um Wachstum und Ertrag des Finanzsektors zu steigern. Wenn die Spekulation der großen Geldhäuser platzt, dann ist für deren Rettung kein Opfer an staatlichen Geldmitteln zu schade: Der Staat "versichert" alles, wirft seine eigene Kreditwürdigkeit ins Feuer, belastet den zukünftigen Staatshaushalt und gefährdet die Währung. Darüber wird das ganze Volk in Haftung genommen:

Der Dienst der Geldkapitalisten am Gemeinwesen besteht in ihrer Bereicherung. Damit die klappt, muss das Arbeitsvolk nicht nur in der sogenannten Realwirtschaft seinen Dienst tun und billig Leistung abliefern. Führt das Auffliegen der Finanzspekulation zum Kollaps, bekommt das Volk darüber hinaus die inflationären Wirkungen der Milliardensummen zu spüren, die der Staat für die Rettung des Kreditsystems in Umlauf bringt.

Wer diesen Wahnsinn nicht angreifen will, sollte auch nicht darüber schimpfen, dass der Staat bei der Not der Armen jeden Euro spart, für Banken in Not aber die für die Rettung des Finanzsystems nötigen drei- bis vierstelligen Milliardenbeträge springen lässt.

Zu Warg: CZ, 30.5., 21.6., 10.7., 11.10.08; CK, 05.10., 19.10.08; zu Biermann: CZ, 11.10.2008 und http://www.celle.de/media/custom/342_13922_1.PDF



Diesmal - Dr. Peter Struck



Im Portal www.abgeordnetenwatch.de erhielt der Celler Wahlkreisabgeordnete und SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Struck am 16.10.2008 einige Fragen zum Schulbedarfspaket und der

Kindergelderhöhung.

Sehr geehrter Herr Dr. Struck,

mit der von der Koalition beschlossenen Einführung des Schulstarterpakets haben Sie dankenswerterweise eine weitere dringend erforderliche Korrektur an der Hartz IV-Gesetzgebung umgesetzt. Trotzdem bleiben Fragen:

1.) Warum ist das Paket auf die Klassen 1 - 10 begrenzt? Bildungschancen sind bekanntlich entscheidend auch von Bildungsentscheidungen abhängig. Gerade beim Übergang in die Sekundarstufe II bleibt für auf Leistungen nach dem SGB II angewiesene Familien eine finanziell belastende Situation. Und auch Berufsschüler brauchen Schulmaterialien. Welchen Grund also gibt es für die Begrenzung auf die Sekundarstufe I?

2.) Wie Sie wissen geht der Bedarf für Schulmaterialien im Einzelfall erheblich über die jetzt angekündigten 100 Euro hinaus. Halten Sie es für sinnvoll, die Regelung für einmalige Bedarfe im SGB II auf Schulmaterialien auszuweiten - soweit (zu beantragen und nachzuweisen) die Kosten die 100 Euro übersteigen?

3.) Die Erhöhung des Kindergeldes geht, wie Sie wissen, an Familien von Leistungsbeziehern nach SGB II und XII vorbei, weil Kindergeld als Einkommen auf die Regelleistung angerechnet wird. Unterm Strich bedeutet das Koalitionspaket also: 100 Euro im Jahr pro Hartz IV-Kind, 120 Euro im Jahr für alle anderen Kinder. Wir wollen Sie diesen Missverhältnis beheben? Teilen Sie die Auffassung der meisten Sozialverbände, wonach die Regelleistungssätze für den Entwicklungsbedarf von Kindern nicht ausreichen? Wenn ja - müssen hier nicht sofort

Änderungen kommen und nicht, wie Bundesarbeitsminister Scholz angekündigt hat, eine Überprüfung frühestens im Jahr 2010?

Am 21. November 2008 antwortete der Bundestagsabgeordnete wie folgt:

Sehr geehrter Herr Blumer,

ich danke Ihnen für Ihre Anfrage.

Mit dem Familienleistungsgesetz haben wir die Einführung eines Schulbedarfspakets für bedürftige Kinder und Jugendliche auf den Weg gebracht. Das Schulbedarfspaket ist eine zielgenaue Hilfe zur Anschaffung von Schulranzen und Unterrichtsmaterialien. Bedauerlicherweise hat die Union eine Ausweitung des Schulbedarfspaket auf die Klassenstufen 11 bis 13 bislang abgelehnt.

Durch diese Begrenzung verweigert die Union den Kindern von Sozialhilfe- oder ALG-II-Bezieherinnen und Beziehern bessere Bildungschancen. Die SPD will bessere Bildungschancen für alle Kinder - unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Deshalb fordern wir unseren Koalitionspartner auf, seinen Widerstand aufzugeben, damit das Schulbedarfspaket bis zum Abitur gewährt werden kann.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auf der Internet-Seite der SPD-Bundestagsfraktion unter www.spdfraktion.de

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Peter Struck MdB



Streik der Schornsteinfeger



Über vier Wochen lang streikten die Celler Schornsteinfeger für mehr Lohn und gegen längere Arbeitszeiten; von Mitte Oktober bis Mitte November 08 hatten sie ihr festes Streiklokal im verdi - Büro Am Wasserturm.. In 17 von 22 Betrieben mussten die Inhaber die Arbeit alleine verrichten.

Die Schornsteinfeger-Branche ist geprägt von Kleinbetrieben: 1 Meister / Inhaber mit einem Gesellen und vielleicht einem Auszubildenden für jeweils einen Kehrbezirk. In solch einer Branche tarif- und streikfähig zu sein, ist mehr als erstaunlich. "85 % aller knapp 8000 angestellten Schornsteinfeger in der BRD sind organisiert", erklärt Dieter Trojan stolz im Interview. Trojan ist einer der dienstältesten Mitglieder der Celler Gruppe des Zentralverbandes der Deutschen Schornsteinfeger (ZDS). Wie erklärt sich Dieter Trojan die hohe Organisation im ZDS? "Wir haben engen Kontakt zu den Azubis. Wir bereiten sie auf die Gesellenprüfung vor und es gibt bis zu 5 kostenlose Schulungen im Jahr. Alle wollen nach der Prüfung auch den Tariflohn haben und den gibt es nur durch solidarischen Zusammenhalt. Das können wir anscheinend gut vermitteln."

Seit Januar 2008 befanden sich die Schornsteinfeger in einem tariflosen Zustand. Die Arbeitgeber zeigten sich kompromisslos hart und etliche wollten raus aus der Tarifbindung.

Zunächst boten die Arbeitgeber 10 % minus - mit Verweis auf die bessere Bezahlung im Vergleich zu anderen Handwerksberufen. Dann boten sie eine Nullrunde für zwei Jahre und wollten die Arbeitszeit auf 40 Stunden erhöhen (bisher sind es 38,5 Stunden). Nach vielen kreativen Aktionen, Demonstrationen (im April demonstrierten 1500 SchornsteinfegerInnen in Berlin) und einem langen Streik -

zuletzt beteiligten sich allein in Niedersachsen 230 Betriebe - kam es am 13. November zum Abschluss.

Das Ergebnis ist auf den ersten Blick ziemlich dürftig:

- Nullrunde für das Jahr 2008;
- In 2009 gibt es eine Einmalzahlung von 840 EUR für alle, das sind ungefähr 2,4 % bis 3 % je nach Lohngruppe.
- Die Beschäftigten mit einer Zusatzqualifikation als Gebäudeenergieberater - das sind relativ viele- bekommen 1,3 % zusätzlich.

- Es wird ein fünfstufiges Lohnsystem eingeführt. Bisher waren es drei Stufen; eine wird unten eingefügt für neue Gesellen und eine oben.

- Die Laufzeit des Vertrages geht bis Ende 2009.

Schornsteinfeger Tapken, Mitglied der Tarifverhandlungskommission aus Niedersachsen, hält die Einigung trotzdem für solide angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage. Entscheidend ist für ihn "die Wiederherstellung der tariflichen Bindung", dass die Arbeitszeit bei 38,5 Stunden bleibt und dass das Weihnachtsgeld von 75 % des Bruttolohns weiter gezahlt wird. "Viele Arbeitgeber wollten raus aus der Tarifbindung", das ist verhindert.

Ohne eine hohe Organisation wären wir halt nicht dort, wo wir sind, so Tapken. Angestellte Schornsteinfeger erhalten heute ab dem 24. Lebensjahr einen Bruttolohn von 2800 EUR plus Weihnachtsgeld (s. Internetseite des ZDS). Das sind gut 500 EUR mehr als im Metall verarbeitenden Handwerk oder im Heizungsbau; wohlgemerkt in den Betrieben, wo nach Tarif gezahlt wird. In der Weiterbildungs-Branche, wo es keinen Tarifvertrag mehr gibt und wo inzwischen Wild-West herrscht, würden selbst akademisch ausgebildete Sozialarbeiter oder Lehrkräfte Luftsprünge machen - vor Freude - , hätten sie eine ähnliche Bezahlung wie die Schornsteinfeger. Entgegen aller Individualisierung Organisation zahlt sich eben aus. Und ohne Gewerkschaft, bei aller Kritik, ist eben vieles nicht besser.

BSG / Die Linke

Stadtwerke zurückkaufen!

Die Ratsfraktion "BSG/Die Linke" will, dass der Stadtrat die Verwaltung damit beauftragt, "den Rückkauf der Stadtwerke und der Versorgungsnetze zu überprüfen und vorzubereiten". Die Fraktion nennt als die wichtigsten Gründe für die Rekommunalisierung: "die Daseinsvorsorge bleibt in der eigenen Hand; der kommunale Einfluss wird sichergestellt; die Kommune partizipiert am wirtschaftlichen Erfolg, ausgeschüttete Gewinne; Standort, Arbeitsplätze und lokale Wertschöpfung können für die Kommune gesichert werden; daraus können sich zusätzliche Perspektiven entwickeln (z.B. in der weitergehenden Wertschöpfung und mit

Partnerunternehmen)."

Damit hat die Fraktion ein eindeutiges politisches Signal gesetzt. Es wird dafür in Celle keine Mehrheiten geben, nicht einmal für den Prüfauftrag - obwohl der Antrag anknüpft an die "Gemeinsame Erklärung des Bundesumweltministeriums und der Kommunalen Spitzenverbände" aus dem Juni 2008. Erfreulich ist aber: Endlich eröffnet mal jemand vor Ort eine kommunalpolitische Diskussion, die mit Zukunft zu tun hat. Denn selbstverständlich wäre verlassen, wer den Energiekonzernen die Energie- und damit Klimapolitik über-

lässt. Und selbstverständlich muss die erforderliche Energiewende einen Resonanzboden in den Kommunen finden. Nur eben wie, wenn sie die Mittel nicht in der Hand haben.

Die Stadt Celle hat bekanntlich im Jahr 1999 ihre Stadtwerke an den neu gegründeten Regionalversorger Avacon AG, eine Tochter des E.on-Konzerns, verkauft. Der Kaufpreis bestand in E.on-Aktien in Höhe von seinerzeit 94 Millionen DM. Im Jahr 2001 kam es zu einer Fusion mit der Stromversorgung Ostthannover, die den Landkreis mit Energie versorgte, zur "SVO Energie GmbH". Hier ist jetzt die E.on-Avacon mit 64 % Mehrheitsgesellschafter, der Landkreis Celle hält 18,8 %, der Landkreis Uelzen 13,2 % und der Wasserversorgungsverband Celle 4,0 %. Eine kommunale Einflussmöglichkeit ist erhalten geblieben, wird aber nicht genutzt. Und auch, dass die Stadt Celle über ihr millionenschweres E.on-Aktienpaket Stellung zur Energiepolitik des Konzerns nimmt, ist nicht bekannt.

Die SVO - vordem auch die alten Celler Stadtwerke - ist im Kern ein Energiehändler. Strom und Gas werden eingekauft - und an die Kunden, Industrie und Haushalte verkauft. Das Geschäftsinteresse eines privatwirtschaftlichen Händlers besteht darin, möglich viel zu verkaufen und das zu Preisen, die die Kasse klingeln lassen. Die horrenden Preissteigerungen der letzten Jahre erklären sich zu einem Teil eben dadurch, dass Aktionären die Konten gefüllt werden. Allerdings: Zu den Aktionären gehören eben auch die Stadt und der Landkreis Celle. Hier wäre schon jetzt von den politischen Gremien mehr zu erwarten als die Kenntnisnahme der Buchungsvorgänge in den eigenen Haushalten. Martin Biermann war bis vor wenigen Monaten Mitglied im Aufsichtsrat der Avacon AG. Er gehört(e) neben dem Landrats Klaus Wiswe und zwei Kreistagsabgeordneten auch zum Aufsichtsrat der SVO. Und ein solcher Aufsichtsrat hat nach deutschem Aktiengesetz "die Geschäftsführung zu überwachen". Alle Fragen der Transparenz hätten in den gewählten Kommunalpolitikern ein Objekt. Der Kreistag verhandelt einmal im Jahr im vertraulich tagenden Kreisausschuss, wo es - wie man hört - bis auf gelegentliche Enthaltungen immer einstimmig zugeht, auch zu der Vorgabe einer Dividende von mindestens 11 Prozent. Den KundInnen sollte mal klar werden, dass die von ihnen gewählten Herren Wiswe und Biermann die Preispolitik mit bestimmen - ohne diese bisher nur ein einziges Mal gegenüber den WählerInnen zu rechtfertigen oder transparent zu machen.

Und eigenständige energiepolitische Überlegungen sind von den kommunalen Vertretern in entsprechenden Gremien bisher nicht zu vernehmen gewesen. Eine andere Form - also Energieversorgung in kommunaler Hand - würde vor diesem Hintergrund nur ändern, wenn sich die Zielsetzungen ändern. Gegen jedes Händlerinteresse auf Effizienz und Einsparung zu setzen, geht allerdings tatsächlich von vornherein nur ohne Aktionäre. Das ist sicherlich das stärkste Argument für eine Rekommunalisierung.

Die Einwände der Neoliberalen kann man sich denken: Kommunale Stadtwerke in der alten Größenordnung wären

auf dem liberalisierten Markt nicht konkurrenzfähig - g ü n s t i g e r e Verbraucherpreise könnte man sich also abschminken. Und überhaupt: Was ist, wenn die E.on-Avacon AG nicht verkaufen will?

Dann liegt die Alternative eigentlich auf der Hand, und vielleicht ist sie sogar attraktiver: Energie produzieren statt "nur" damit handeln. Die Stadt sitzt auf ihrem Energie-Aktienpaket und macht nicht mehr damit, als die saten Dividenden in ihren Haushalt zu speisen. Mit diesem "Energie"-Vermögen könnte man aber selbst in die Produktion einsteigen. Die gesetzlichen Möglichkeiten sind vorhanden: das Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz.

Auf dieser Basis ließe sich ein kommunales Energiewende-Programm zu starten, das deutlich über die gelegentlich geäußerten Vorschläge (hier mal eine alternative Heizung, dort mal ein Solardach) hinausgeht: mit Photovoltaik (also der Nutzung von Sonnenenergie zur Stromerzeugung), dem Einsatz von Block-Heizkraftwerken im kommunalen Wohnungsbau und bei größeren kommunalen Immobilien - sowie Projekten zur Energieeffizienz. Gestützt werden könnte das Ganze durch Bauordnungen die wie in Barcelona oder der hessischen Stadt Vellmar den obligatorischen Einbau von Solaranlagen bei Neubauten vorsehen oder bei Gewerbeansiedlungen die Nutzung von Block-Heizkraftwerken vorsehen. Und die Stadt könnte Initiator und Mitgesellschafter bei Energiegenossenschaften auftreten, sei es in Sachen Stadtteil-Solaranlagen oder Erdgas-Einkaufs-Genossenschaften.

Damit wäre auch das angeschoben, was im Antrags der BSG/Linke-Fraktion "lokale Wertschöpfungskette" genannt wird: Zurückdrängung der Importe fossiler Energien, Ausbau regenerativer (und effizienter) Energien mit einem daran gebundenen Markt für regionale Produzenten von Energieanlagen. Und im walddreichsten Landkreis Deutschlands könnte auch die Biomasse in Visier genommen werden. Die Förderung von Holzpellets-Heizungen könnte für eine nachhaltige Verzahnung von Wald- und Vertriebsgebiet führen.

Die Bündnisgrünen haben in den letzten Wochen etliche Anträge gestellt, die mit kleinen Schritten auf eine Energiewende zielen. So soll die Stadt "ein Konzept zur Senkung des Strom- und Wärmeverbrauchs in städtischen Liegenschaften" entwickeln. Hierfür stünden Fördermittel im



Rahmen der kommunalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums zur Verfügung. Ein anderer Antrag fordert, dass "zukünftig in allen Bebauungsplänen eine energetisch optimierte Gebäudeausrichtung [...] festgelegt wird". Und es soll "über den Einbau von Photovoltaik oder Solaranlagen eine effiziente Nutzung von Sonnenenergie festgeschrieben werden." Schließlich wollen die Bündnisgrünen einer Förderschwerpunkt entwickelt wissen hinsichtlich "der energetischen Sanierung denkmalgeschützter Häuser". Im wesentlichen deckungsgleich mit dem bündnisgrünen Antrag forderte die SPD, dass "bei Modernisierungen des Altbestandes Maßnahmen zur Energieeinsparung" vorschrieben werden sollen. Dabei ist vom Antrag her nicht ganz klar, ob die SPD hier nur die Altstadt einzubeziehen denkt. Und für das BSG hatte Andreas Hauptmeyer im Frühjahr bereits beantragt, anknüpfend an ein Osnabrücker Projekt die

Solartauglichkeit der Dachflächen in der Stadt zu prüfen und die Ergebnisse öffentlich zu machen. Es gibt also aktuell einige Initiativen.

Sie müssten politisch gebündelt werden und ein Konzept ergeben. Ob die Verwaltungsspitze da mitspielt, ist eher fragwürdig. Da eine alternative kommunale Energiepolitik das einzig gemeinsame der "Ratsopposition" zu sein scheint, wäre vielleicht eine Überlegung, die Gegenkandidatur zu Susanne Schmitt auf diesem Feld mit einer ausformulierten Gemeinsamkeit zu begründen.

Ein interessantes Papier für die öffentliche Diskussion:
http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/kommunen_sind_fuer_den_klimaschutz_unverzichtbar/080616_pol_erklaerung.pdf

Schluss mit den Nazitreffen in Eschede

Seit Jahrzehnten besteht mit dem Hof von Joachim Nahtz in Eschede ein Treffpunkt für Neonazis mit überregionaler Bedeutung. An keinem anderen Ort in Norddeutschland fanden so häufig und regelmäßig größere Naziveranstaltungen statt. Dies meist ungestört und geschützt durch die Polizei.

Dabei haben die Sonnenwendfeiern im Juni und Dezember besondere Bedeutung bei einer Zelebrierung nationalsozialistischer Ideologie. Am 20. Dezember 2008 wollen Neonazis in Eschede wieder eine "Wintersonnwendfeier" durchführen.

Der Hof von Joachim Nahtz in Eschede entwickelte sich zu einem der wichtigsten Treffpunkte der norddeutschen Neonaziszene. Zum einen bietet der Schutz des Privatgeländes von Nahtz einen optimalen Rahmen für diese Treffen. Zum anderen zeigt sich aber auch die zunehmende Bedeutung der "Kameradschaft 73 Celle", die die meisten Veranstaltungen dort organisiert, in der norddeutschen Neonazistruktur.

In den Jahren 2007 und 2008 fanden schon sieben größere

Naziveranstaltungen auf dem Hof Nahtz statt:

- 25. bis 28. Mai 2007: Pfingstlager der neonazistischen "Heimatreuen Deutschen Jugend" (HDJ). Ungefähr 150 TeilnehmerInnen, vor allem Kinder und Jugendliche.
- 23. Juni 2007: Sommersonnwendfeier mit knapp 200 BesucherInnen.
- 29. Oktober 2007: Rund 76 Neonazis nahmen an einer "Erntedankfeier" teil.
- 22. Dezember 2007: Wintersonnwendfeier mit rund 160 TeilnehmerInnen.
- 20. Juni 2008: RechtsRock-Konzert mit 250 BesucherInnen. Es traten mehrere Bands auf.
- 21. Juni 2008: Sommersonnwendfeier mit ca. 170 BesucherInnen.
- 27. September 2008: Rund 100 Neonazis begehen eine Erntedankfeier, darunter wieder mehrere Kinder.



Schluss mit dem Na[ht]zischeiss - Es gibt kein ruhiges Hinterland

Demonstration gegen die Nazitreffen in Eschede

Samstag, 20. Dezember 2008 - 12.30 Uhr - Bahnhof Eschede

Infos: www.schlussmitnahtzischeiss.tk

Antifaschistische Aktion Celle - Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

Das Unabhängiges Jugendzentrum in Celle

Ein kurzer Sommer der Anarchie im Jahr 1974

Als "Agit Rock Band Berlin" angekündigt, lieferte Ton-Steine-Scherben am 17. April 1972 das Rahmenprogramm einer Veranstaltung des Rings politischer Jugend in der Celler Union. Thema der Diskussion, zu der Ratsherren und Vertreter auswärtiger Jugendzentren eingeladen waren: "Ist in Celle ein Jugendzentrum möglich?"

Der Abend selbst ist nirgendwo dokumentiert, aber es gibt mindestens zwei Geschichten. Die eine hat sich ins Gedächtnis der Bandmitglieder eingegraben und wird von Nickel Pallat etwa so erzählt: Nach dem Konzert der typische Hunger; die - für Celler Verhältnisse - wild aussehende Gang streift durch die Altstadt, aber die Bürgersteige sind schon hochgeklappt. Der einzige offene Laden, den sie finden, ist der "Schweine-Schulze". Drinnen werden sie nicht nur abfällig angestarrt, sondern man verweigert auch jegliche Bedienung. Beim Rausgehen schnappt sich eins der Bandmitglieder ein auf dem Tresen stehendes Sparschwein. Als der Wirt ihnen deshalb hinterher rennt, lässt er es einfach auf der Straße zerschellen. Da glitzern sie dann, all die schönen kleinen Münzen im Schein der Straßenlaternen. Die letzte Erinnerung der Band an Celle ist, wie der Wirt und seine Gäste auf den Knien kriechend die Groschen einsammeln.

Die andere Geschichte verknüpft sich mit der Bandlegende. Im Anschluss an ein TSS-Konzert im Juli 1971 war ein vor dem Abriss stehendes Fabrikgebäude in Kreuzberg besetzt worden, aus dem man ein selbstverwaltetes Jugendzentrum machen wollte. Und 8. Dezember 1971 gab es nach einem Auftritt der Band die legendäre Besetzung des Bethanien-Krankenhauses am Mariannenplatz (Rauch-Haus-Lied). Auch nach dem Konzert in Celle soll sich eine größere Gruppe auf dem Schlossberg gesammelt und über eine sofortige Besetzung die Köpfe heiß geredet haben. Nur: Es bestand immerhin die Hoffnung, demnächst auch legal an ein Zentrum zu kommen ...

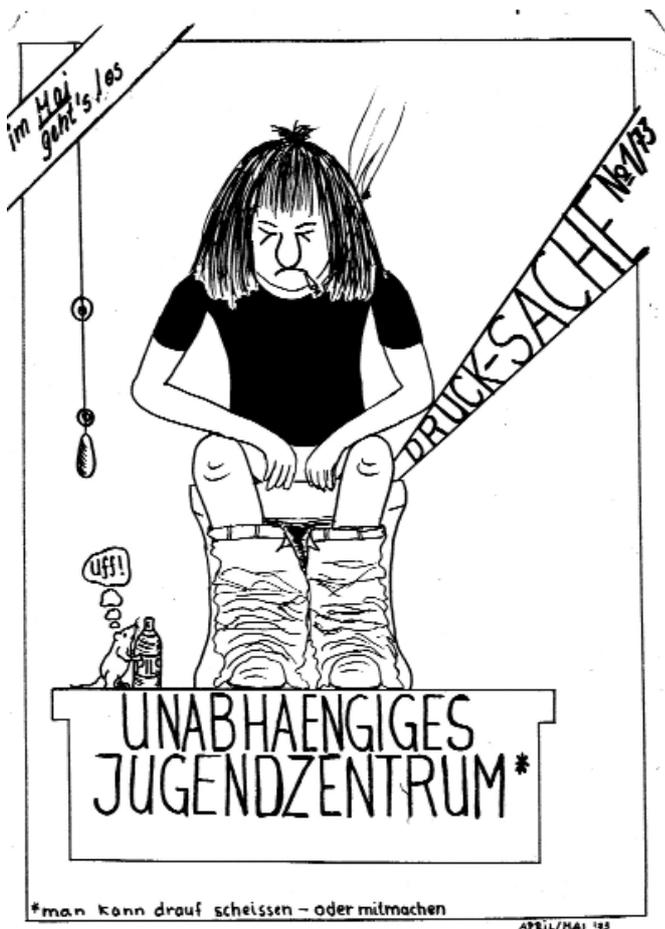
Denn im Dezember 1971 hatte sich ein Arbeitskreis unabhängiges Jugendzentrum (AKUJZ) gegründet, der erstmals im Januar 1972 mit einer Fragebogenaktion an die Öffentlichkeit trat: Welche Interessen haben Jugendliche in Celle und wie weit können sie diesen Interessen im üblichen Rahmen (Organisationen, Kneipen, Diskotheken, Kinos) nachgehen? Gefragt wurde auch, ob sie sich vorstellen könnten, in einem Unabhängigen Jugendzentrum mitzuarbeiten? Eine Auswertung ist leider nicht "aktuell". Aber es sind geänderte Bedürfnisse, die hier

nachgefragt werden. Jugend hatte sich verändert. Durch die egalitäre Bildungsoffensive der 1960er Jahre waren deutlich mehr Jugendliche eines Jahrgangs an den Gymnasien vertreten. Dadurch hatten sie einige Jahre mehr Zeit, denn bedingt auch durch Lehrer- und Raummangel standen die Stundenpläne weit zurück hinter heutigen Anforderungen. Die gewonnene Zeit ließ sich mit Sport und der obligatorischen Tanzstunde kaum füllen, auf der anderen Seite fehlte aber das Geld, um jeden Nachmittag in Flipperbuden und jedes Wochenende in Kneipe oder "Disco" zu verbringen. Es paarten sich also die Bedürfnisse nach Freizeit ohne Konsumzwang und Räumen ohne Kontrolle. Die Jugendzentrumsbewegung knüpfte hier an, und sie entwickelte sich gerade auch Städten mittlerer Größe, wo diese Art Freiraum selbst in Nischen kaum findbar war.

Nach der Veranstaltung mit den Scherben traf sich der AKUJZ einmal wöchentlich im Haus der Jugend, jenem Ort für die vereinigte Jugendarbeit, die sich in Teilen überlebt hatte. Neben unorganisierten Jugendlichen waren auch Mitglieder von Jusos, SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) und dem BDP (Bund deutscher Pfadfinder) vertreten. Anfang Mai wandte sich die Initiative mit einer Resolution an den Rat der Stadt Celle, die auch als Flugblatt verteilt wurde (da die CZ sie nicht drucken wollte). Sie enthielt erste inhaltliche Vorschläge für ein UJZ und bat die Fraktionen um eine schriftliche Stellungnahme. Da zunächst einmal weder Verwaltung noch Ratsfraktionen reagierten, legte man nach: Am 25. Mai 1972 organisierten die Jugendlichen eine Demonstration, während der Flugblätter an Passanten verteilt wurden.

Der Druck schien schnell Wirkung zu erzielen. Ende





In der 24-seitigen UJZ-Zeitschrift "Drucksache" vom April/Mai 1973 wurde verkündet: "Der Mai und ein unabhängiges Jugendzentrum kommen" - es sollte noch zehn Monate dauern.

September fand ein erstes offizielles Gespräch zwischen Vertretern der Stadt, des Jugendwohlfahrtsausschusses und dem AKUJZ statt. Der AKUJZ stellte sein Konzept vor und bejahte die Eignung des von der Stadt angebotenen Objekt in der Magnusstraße 5. In den 1960er Jahren war das ehemalige Direktorenwohnhaus der Altstädter Schule vom DGB genutzt worden, im Jahr 1972 saß noch eine Abteilung des Standesamtes darin. Zum inhaltlichen Knackpunkt sollte sich die Forderung nach Selbstverwaltung entwickeln. Dies hatten die Jugendlichen knackig auf den Punkt gebracht: "Die Stadt stellt den Rahmen - das Bild malen wir!" Ein Haus sollte von der Stadt unterhalten werden, aber was im Zentrum passiert, wollte man in völliger Unabhängigkeit gestalten. Zur ersten Konzeption gehörte allerdings auch die Unterstützung durch einen seitens der Stadt einzustellenden Sozialpädagogen.

Die weiteren Verhandlungen verliefen dann äußerst zäh, so dass sich die Jugendlichen schnell - und wahrscheinlich zu recht - hingehalten fühlten. Insbesondere die Unverbindlichkeit der Gespräche war frustrierend. Am 10. Februar 1973 fand deshalb erneut eine Demonstration, diesmal mit knapp 100 TeilnehmerInnen statt. Immerhin konnte man bekannt geben, dass die Stadt inzwischen 80.000 DM für die Renovierung des Gebäudes zugesagt hatte. Die Cellesche Zeitung sah in einer Polemik gegen die undankbaren Jugendlichen des AKUJZ die "Einrichtung des

Jugendzentrums vor dem Abschluß". (CZ, 3.2.1973) Mehr als ein Jahr sollte es noch dauern.

Die Vertragsverhandlungen führten aber auch im AK selbst zu Konflikten. Denn bei einigen verding die unausgesprochene Drohung städtischerseits: Nehmt, was wir euch anbieten oder wie betreiben das Jugendzentrum ohne euch in eigener Regie! Andere beschrieben das städtische Vorgehen als Versuch, "uns Stück für Stück zu verschlucken, unsere Bewegung zu zerschlagen und sich soviel wie möglich Einfluss im Haus zu sichern." Der Verhandlungskommission wurde vorgeworfen, der Stadt nach der Schnauze zu reden: "Die Interessen der Stadt sind nicht die unseren!" Unter den sechs Unterzeichnern des Kritikpapiers findet sich übrigens auch ein heutiger SPD-Stadtrat.

Ein interessantes Bild über die Zusammensetzung des AKUJZ bieten zwei erhalten gebliebene Anwesenheitslisten vom 4.6.1973 und vom 28.2.1974, in denen Alter und Beruf eingetragen sind. SchülerInnen und Auszubildende stellen etwa die Hälfte der Aktiven, ein gutes Drittel gibt Facharbeiter- oder Angestelltenberufe an. Ein gutes Viertel ist unter 18 Jahre alt, aber sogar rund 40 % über 20 Jahre alt. Die Altersspanne liegt insgesamt zwischen 15 und 25 Jahren. Nur ein gutes Viertel sind Frauen. Diese sozialstrukturellen Daten sind auf beiden Listen sehr ähnlich; erstaunlich ist allerdings, dass nur sieben der Anwesenden von Juni 1973 auch auf der Liste vom Februar 1974 auftauchen. Vielleicht wird gerade darin aber ein Problem deutlich: Es gibt eine hohe Fluktuation, bedingt auch durch die zähe Zeit des Wartens.

Um rechtlich zu einem Vertragspartner der Stadt werden zu können, wurde am 4. Mai 1973 die Gründung eines Vereins beschlossen. Das Haus wurde renoviert. Nach Auffassung des Städtischen Jugendpflegers Bernd Nitsche war das Haus im Oktober "praktisch fertig". Der Rechtsanwalt des AKUJZ hatte die Vereinseintragung verschlampt und die Stadt wurde bei ihrer Suche nach einem geeigneten Sozialpädagogen nicht fündig. Aber Nitsche versprach: "Anfang nächsten Jahres sollte das Haus dann wirklich eröffnet sein." (CZ, 27.10.1973)

Aber erst im Februar 1974 gelang es, die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen. Am 14. Februar 1974 konnten Vertreter des AKUJZ ihre Vorstellungen abschließend im Jugendwohlfahrtsausschuss erläutern. Und schon in der darauffolgenden Ratssitzung am 21. Februar wurde der "Überlassungsvertrag" einstimmig verabschiedet. In § 3 sicherte sich die Stadt ein Kontrollrecht: "Die Mitglieder des Rates und die zuständigen Vertreter der Verwaltung haben jederzeit das Recht, die Räumlichkeiten zu betreten und über alle Vorgänge des Hauses informiert zu werden." Selbstverständlich war das nicht die Vorstellung der Jugendlichen von einem uneingeschränkten Hausrecht. Und auch die vom AK angestrebte fünfjährige Vertragslaufzeit ließ sich nicht durchsetzen. Zu jedem 1.10, aber erstmals nach 20 Monaten am 1.10.1975 behielt sich die Stadt ein Kündigungsrecht vor. Ansonsten erwies man sich im Rathaus als großzügig: "Die Ersteinrichtung wird vorgenommen nach Vorstellungen des Vereins. Die Kosten dafür trägt die Stadt [...] Für die laufende Unterhaltung des Hauses gewährt die Stadt einen vierteljähr-

lich fälligen Zuschuß, dessen Höhe vom Rat festzulegen ist. Zur laufenden Unterhaltung gehören insbesondere die Beschaffung von Betriebsmitteln, Materialien und die Finanzierung von Veranstaltungen". Der Zuschuss betrug vierteljährlich wurden 5000 Mark. Zweimal wöchentlich stellte die Stadt zudem für je drei Stunden Reinigungskräfte ab.

Am 9. März 1974 wurde das UJZ in der Magnusstraße 5 endlich eröffnet: "Seit letzten Sonnabend haben auch die Jugendlichen, die nicht in Vereinen organisiert sind, eine Begegnungsstätte in Celle. Das Unabhängige Jugendzentrum konnte nämlich seiner Bestimmung übergeben werden. Eine erhebliche Zahl von Jugendlichen hatte sich um zwölf Uhr vor Karstadt versammelt, um von dort aus gemeinsam über den Großen Plan und die Westcellertorstraße in das neue Haus an der Magnusstraße einzuziehen. Bald war kaum noch ein freies Plätzchen in den Räumen des Hauses zu finden. Immer mehr Teenager kamen, um sich die neue Einrichtung anzusehen. Man merkte den Anwesenden an, daß sie froh darüber waren, jetzt auch in Celle eine derartige Aufenthaltsmöglichkeit für ihre Freizeit zu haben. [...] Die Einrichtungsgegenstände sind weitgehend von den Jugendlichen selbst beschafft worden. Alte Sessel, Sofas, Tische und Stühle wurden aus allen Ecken und Enden herangeschleppt. Auch eine Bibliothek befindet sich im Aufbau. Getränke werden zu Preisen angeboten, die mit gutem Gewissen als zivil bezeichnet werden können: Cola 30 Pfennig, Tee 20 Pfennig, große Flasche Bier 65 Pfennig. Die Teeküche und der Getränkeverkauf werden von Vereinsmitgliedern betreut, die sich abwechseln. Übrigens liegen die endgültigen Öffnungszeiten der Jugendbegegnungsstätte noch nicht fest; vermutlich wird der Betrieb ungefähr von 12 Uhr mittags bis etwa Mitternacht gehen." (CZ, 11.3.1974)

Der Stress kam schneller als gedacht - und leider nicht von außen. Der Laden war bereits nachmittags voll, dies aber eben auch weil etliche das Zentrum als billige Kneipe ansahen. Bereits nach vier Öffnungstage musste beschlossen werden, Bier nur noch ab 20 Uhr zu verkaufen. Trotzdem sah das Haus eine weitere Woche später aus, wie man sich eine antiautoritären Kinderladen vorstellt. Kaum eine Wand, die nicht mit Sprüchen und Bildchen verziert wurde, Möbel gingen zu Bruch, das gespendete Klavier war völlig außer Gefecht gesetzt. Zwei Einbrüche folgten, die den Zigarettenautomaten zum Ziel hatten. Ein Jugendlicher war nachts eingestiegen, weil er keine Bleibe hatte. Das wäre sicherlich alles kein richtiges Drama gewesen, aber die das Zentrum tragenden Jugendlichen hatten eine andere, eher geordnete Vorstellung vom Lauf der Dinge. Ein Vorstandsmitglied kommentierte den in wenigen Tagen angerichteten Scherbenhaufen mit den Worten: "Es geht nicht an, daß viele Jugendliche denken, sie hätten hier einen Freiraum, in dem sie tun und lassen können, was sie wollen!" (CZ, 19.3.1974)

Es ist heute schwer nachzuvollziehen, wie und ob es zu dieser Situation kommen musste. Aber nirgendwo sonst gab es einen Raum, in dem man seine Phantasien so unkontrolliert freien Lauf lassen konnte. Das galt für die jüngeren BesucherInnen genauso wie für proletarische Jugendliche, die das Zentrum in unerwarteter Zahl frequentierten. Die politisierten Aktivisten der Bewegungsphase sahen sich in die Rollen von Krisenmanagern und Putzkräften gedrängt. Sie hatten es geschafft, dass die Stadt den Rahmen stellt. Doch die BesucherInnen malten ein ganz anderes Bild als erwartet. Sie wollten "abhängen", einfach andere Leute treffen oder ein Programm vorgesetzt bekommen, aber nur wenige nutzten den gebotenen Raum für eigene Projekte. Die Jusos hatten dies ganz zu Beginn der Bewegung als die Alternative "Bier, Beat und Ballaballa" denunziert.

Tatsächlich schloss das Zentrum bereits erstmals in der zweiten Aprilhälfte, um den Laden wieder halbwegs zu renovieren und Überlegungen zu konzeptionellen Veränderungen anzustellen. Insbesondere stellte man sich vor, die Gruppenarbeit mit Projekten wie Fotolabor, Druckerei, Werkstatt und ähnlichem in Gang zu setzen. Und es gab den Beschluss, dass künftig kein Bier mehr verkauft werden sollte. Zudem wurden am 1.6. und am 1.7.1974 ein Sozialarbeiter und eine Sozialarbeiterin hauptamtlich UJZ eingestellt.

Für letzteres hatte der Rat in seiner Sitzung am 26. Juni 1974 mit dem Verein eine "Zusatzvereinbarung" getroffen. Die im Einvernehmen angestellten Fachkräfte sollten dem UJZ "im Wege der Arbeitsleihe" zur Verfügung gestellt werden. Sie gehörten - laut Vereinbarung - mit dem Vereinsvorstand und weiteren gewählten UJZ-Vertretern einem "Leitungsteam" an, das "Ziele, pädagogische Inhalte und Schwerpunkte" erarbeiten sollte.

Aber auch die Arbeit der beiden Sozialarbeiter gestaltete sich schwierig, da sie aufgrund des Konzepts kaum einbringen konnten. Deswegen kündigte die Sozialarbeiterin nach zwei Monaten. Die Kerncrew des UJZ wurde nicht größer, sondern schrumpfte, was die Überforderung verstärkte und zu Konflikten untereinander führte. Langsam schlich sich Resignation ein. In den sieben Monaten des Betriebs wechselte dreimal der Vereinsvorstand.

Im Oktober geriet das Haus erneut öffentlich unter Beschuss. In einem CZ-Leserbrief bezeichnete Hermann Wagner es als "Schandfleck der Stadt" und setzte sich für die schnellstmögliche Schließung ein: "Ohrenbetäubender Lärm - die modernen Jugendlichen nennen es wohl heutzutage Musik - dröhnt aus der Tür, davor findet sich ein halbausgezogenes Paar und eine Gruppe von jungen Männern, ja teilweise noch Kindern, eingehüllt in dichten Zigarettenqualm." (CZ, 10.10.1974) Er sprach damit sicher für viele BürgerInnen aus dem eher konservativen Spektrum. Auch die Stadt legte sich

Für die Phase nach der Eröffnung des UJZ ist die Quellenlage äußerst dünn. Wer von den Beteiligten noch über Fotos, Flugblätter, Protokolle verfügt, soll sich bitte an das Archiv für neue soziale Bewegungen wenden: buha-archiv@t-online.de; dies gilt auch für Leute, die bereit sind, vor einem Mikrofon ihre Erinnerungen preiszugeben.

quer. Die Mittelvergabe für den Ausbau eines neuen Gruppenraumes wurde vom Verwaltungsausschuss des Stadtrates blockiert. Eine Sozialarbeiterin hatte gekündigt, der Vertrag des anderen Sozialarbeiters lief Ende November aus. Von Gewicht war der Vorwurf der "Linkslastigkeit": "Wenn in der Hauptsache kommunistische Zeitungen und Flugblätter verteilt werden, wenn die Plakate an den Wänden fast regelmäßig 'links' sind, dann ist die Unabhängigkeit nicht mehr gewahrt", zitierte die Cellesche Zeitung eine unbekannte Quelle. Und sie versuchte, die Jugendlichen gegeneinander auszuspielen: "Die Besucher dieses Hauses müssen sich darüber klar werden, daß sie mit der Öffentlichkeit leben müssen. Nicht die Öffentlichkeit hat sich an die Spielregeln des UJZ zu richten, sondern genau anders herum wird ein Schuh daraus." Und an den neu gewählten Vereinsvorstand und "die Vernünftigen im UJZ" erging die Aufforderung: "Wenn weiter vermieden wird, daß Gruppen, egal welcher politischen Richtung, das absolute Übergewicht bekommen, gewinnt das UJZ an Glaubwürdigkeit. Wie gesagt, der Elan der ersten Stunde ist futsch. Es ist nun einmal leichter, für ein Jugendzentrum zu demonstrieren, als kontinuierlich in ihm zu arbeiten." (CZ, 19.10.1974)

Im "Celler Markt", einem monatlich erscheinenden Anzeigenblatt aus dem Hause Pfingsten, erschien Anfang November ein eher positiver Artikel, der einige der Anschuldigungen dementierte, aber gleichwohl die Frage

stellte: "Gibt es noch eine Zukunft für das Unabhängige Jugendzentrum, oder setzen sich diejenigen durch, die ein Schließung fordern?" (Celler Markt, 11/2008) Und auch der Sozialarbeiter Peter Thiede wandte sich in einem Leserbrief an die Öffentlichkeit. Er verteidigte "gammeln" als "normales Kompensativ zur oft permanenten pädagogischen Steuerung", verwies auf "positive Ansätze" durch mehr Strukturierung und meinte, "daß auch die Jugendlichen, die nicht in Verbänden organisiert sind, einen Freiraum benötigen. Das Jugendzentrum in der Magnusstraße hat also seine Existenzberechtigung." (CZ, 2.11.1974)

Die Stadt sah dies nach nur einem guten halben Jahr anders: Am 12. November 1974 wurde das Zentrum geschlossen: "aus hygienischen und personellen Gründen". Es sollte versucht werden, hauptamtliche Kräfte zu gewinnen, um mit einem neuen Konzept die Arbeit wieder aufzunehmen. (CZ, 14.11.1974)

Das Projekt UJZ war gescheitert. Bitter war am Ende, dass es nicht einmal mehr etwas gab, was gegenüber den Ansprüchen der Stadt verteidigungswert schien. Den Proteste gegen die Schließung gab es nicht. Ein knappes Jahr später wurde das Haus unter städtischer Regie und dem Namen "Magnushütte" wieder eröffnet - mit Sozialarbeiter und Hausmeister.

LOKALES – PROVINZIELLES – MELDUNGEN

Neuer Ärger bei Miete?

Angesichts eines fehlenden Mietspiegels wird im Landkreis Celle die Angemessenheit der Wohnkosten in Anlehnung an die Wohngeldtabelle geregelt. Nach langwierigen Prozessen gelten aktuell die Werte der rechten Spalte der Wohngeldtabelle (+ 10 Prozent). Ab dem 1.1.2009 gibt es aber bundesweit eine neue Wohngeldtabelle. Die Bundesregierung hatte angesichts der gestiegenen Kosten öffentlich eine erhebliche Erhöhung angekündigt. Doch für Celle droht das genaue Gegenteil. In der sogenannten Wohngeld-Stufe, also der Einordnung der Städte und Gemeinden in bestimmte Kategorien, sind die Stadt Celle, Bergen und Winsen heruntergestuft; einzig für Hambühren gilt künftig ein höherer Wert auf gleicher Stufe mit der Stadt Celle. Bei den restlichen Landkreisgemeinden würde sich nichts verändern. - Noch ist unklar, ob die neue Wohngeldtabelle auch im Rahmen des SGB II Anwendung finden wird. Wenn ja, droht in der Stadt Celle eine Absenkung um 27,50 bei einem Ein-Personen-Haushalt bis zu 49,50

Euro bei einem 5-Personen-Haushalt; in Bergen und Winsen von 16,00 bis 28,50 Euro.

Um keine Panik zu erzeugen: Für die aktuelle Situation besteht ein Bestandschutz. Also niemand, der aktuell an der Obergrenze der Angemessenheit liegt, wird weniger bekommen. Aber der Landkreis Celle lehnt schon seit November Zusagen für Wohnungen ab, die über dem neuen Satz liegen. Rechtskonform ist dies nach Auffassung der Celler Erwerbslosenini nicht.

Ein Problem dürfte künftig also vor allem bei Wohnungsumzügen auftreten, wenn die neue Wohngeldtabelle tatsächlich als Mietspiegellersatz durchgesetzt wird. Allerdings ist die veränderte Einstufung durch die Bundesregierung überhaupt nicht nachzuvollziehen. Und es ist auch fraglich, ob die damit einhergehende Behauptung, die Mieten in Celle, Bergen und Winsen seien billiger geworden, vor Gericht standhält. Es ist in jedem Fall enttäuschend, dass sich das politische Versprechen einer Wohngelderhöhung für die Hälfte der Einwohner des Landkreises Celle ins

Gegenteil verkehren soll.

Der Landkreis hat parallel im übrigen die Hamburger Firma "Analyse & Konzepte GmbH" eingeschaltet, um zu einem Wohnungsmarktgutachten zu kommen. Eine Umfrage bei Vermietern soll zu einer "Zufallsstichprobe" führen, die dann "belastbare", d.h. von Sozialgerichten akzeptierte Erkenntnisse über das Mietpreisniveau bringen soll. Das Gutachten soll voraussichtlich im Februar 2009 vorliegen.

Bürgerschaftliches Engagement

Über 50 Prozent der Einwohner im Landkreis Celle engagieren sich laut einer Studie der Prognos AG ehrenamtlich. Das gibt's ähnlich nur in weiteren 61 von insgesamt 439 anderen Landkreisen und kreisfreien Städten. Im bundesweiten Durchschnitt sind es 34 Prozent. Die Cellesche Zeitung befand zwar "Celle ist in Deutschlands Spitze", befragte aber gleichzeitig den Kölner Politikwissenschaftler Christoph

Butterwege. Und der fand das nicht nur toll: "Ich habe die Befürchtung, dass das keine Ergänzung zum Sozialstaat ist, sondern den Sozialstaat ersetzt. Es ist wie im Mittelalter: Die Mäzene entscheiden, wohin sich die Gesellschaft entwickelt." Und: "Die Reichen entscheiden in ihrem Interesse. Der Staat zieht sich aus dem öffentlichen Engagement heraus. Dabei sollten sie lieber Steuern zahlen, damit solche Sponsoren nicht nötig sind. [...] Es ist ein Unterschied, ob man auf die Großzügigkeit eines Mäzener angewiesen ist oder ein soziales Grundrecht hat." (CZ, 28.11.2008)

"Sozial"-Kaufhaus

Vorwärts beim Aufbau einer Parallelgesellschaft. So jedenfalls kommt einem langsam das ganze Fürsorge-Getue vor. Jetzt soll in der Innenstadt ein "Sozialkaufhaus" öffnen. Die Geschäftsidee: Arme Schlucker verkaufen ollen Kram an andere arme Schlucker. Oder anders formuliert, etwa in einer Beschlussvorlage des Kreistagssozialausschusses: "Das Kaufhaus wird Gebrauchtmöbel und preiswerte Haushaltsgegenstände anbieten und darüber hinaus langzeitarbeitslose Menschen qualifizieren und beschäftigen. Dadurch können Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger des SGB II und des SGB XII einmalige Bedarfe preiswerter erhalten und der Landkreis als Sozialhilfeträger spart Aufwendungen in einer Größenordnung von ca. 20.000 € pro Jahr." Der Landkreis bewilligte daraufhin für 2009 einen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro. Träger der Angelegenheit sind das Deutsche Rote Kreuz KV Celle, der Zweckverband Abfallwirtschaft, die SÜDHEIDE Wohnungsgenossenschaft und die Neue Arbeit Celle (NAC) GmbH, die zusammen eine neue GmbH gründen. Die Stadt schießt noch 12.000 Euro zu und jeder der vier Gesellschafter 25.000 Euro. Die GmbH soll dann wohl den Namen "Fairkauf-Center" tragen. Nur: Was daran ist fair? Die Bezahlung der Ein-Euro-Kräfte, mit denen der Laden betrieben wird? Die angestrebte

Kosteneinsparung bei den so genannten "einmaligen Bedarfen"? Nichts daran ist fair und nichts sozial. Es ist ein Projekt, das Langzeiterwerbslose aus den "normalen" Konsumtions- und Produktionskreisläufen ausschließt. Wer das nicht will, sollte das "Fairkauf-Center" meiden. Und zur Klarstellung: Nichts gegen gebrauchte Möbel oder Klamotten, nur bitte entweder, weil man Geld sparen will (nicht muss) und weil man sich gern auch mit alten Sachen umgeben will (und nicht muss).

Hartz IV Diät?

Manche - wie etwa Berlins Senator Sarrazin (SPD) - sind ja fest davon überzeugt, dass man sich mit dem Hartz IV-Regelsatz gut ernähren könnte, wenn man denn nicht das ganze schöne Geld für Flachbildschirme und mp3-Player ausgeben würde. In Celle muss der Markt für derartiges Gerät geradezu boomen, denn der Stadtelternrat schlug Alarm: Immer weniger SchülerInnen würden das Mittagessen in den Ganztagschulen essen. An den GHS Neustadt und Blumlage seien es nur noch rund 10 Prozent. Viele Familien könnten sich die drei Euro pro Mahlzeit nicht leisten. Völlig zufriedenstellend ist dagegen die Teilnahme am Mittagstisch der Ganztagsgrundschulen, aber: Hier zahlen ALG II-Familien einen Euro, Stadt und Land finanzieren den Rest.

SVO droht Gaspreisrebellien

Am 19. November hat der Bundesgerichtshof eine Entscheidung getroffen, die von der SVO als dahingehend interpretiert wird, dass die so genannten Gaspreisrebellien jetzt zur Kasse gebeten werden könnten. Im Landkreis Celle sind es selbst nach Angaben des Versorgers etwa 160 KundInnen, die die Zahlung der letzten Preiserhöhungen verweigert haben. Die "Rebellien" stützen sich in ihrem Boykott darauf, dass die SVO sich weigere, ihre Kalkulation offen zu legen.

Der BGH-Spruch wird von den Versorgern jetzt so interpretiert, dass dies nicht erforderlich sei. Der Bund der Energieversorger aber sieht sich aber durch das Urteil im Gegenteil darin bestätigt, dass Gaspreiserhöhungen der so genannten Billigkeit entsprechen müssen und der Versorger den Beweis hierfür antreten muss. Er müsse vor Gericht beweisen, dass Preiserhöhungen bei Strom und Gas angemessen sind. Die Chancen der Versorger, gegen Protestkunden vor Gericht zu obsiegen, seien deshalb so schlecht wie kaum zuvor. Der Bund der Energieverbraucher und auch die Verbraucherzentralen in Hamburg und Baden-Württemberg ermutigen deshalb alle Protestkunden, an ihrem Widerspruch festzuhalten.

Gaspreise - rauf und runter

Kaum hatten wir in unserer letzten Ausgabe darauf hingewiesen, wie man der halsabschneiderischen Preispolitik der Energiekonzerne vielleicht entgegen kann, kündigte die SVO die erneute Preiserhöhung zum 1. November an. Diesmal um 7,5 Prozent; so sind's dann 35,3 % binnen einen Jahres - wie die CZ errechnete. Zum 1. Februar 2009 soll's dann aber wieder runter gehen.

Bührig als Anmelder

Rechtsextremisten planen für den 1. Mai 2009 eine Großdemonstration in Hannover. Mit der Anfang September erfolgten Anmeldung durch den Celler Neonazi Dennis Bührig ("Kameradschaft 73") wollen sie dem DGB seinen traditionellen Kundgebungsplatz am Klagesmarkt streitig machen. Ob die NPD, für die Bührig zur Landtagswahl in Celle als Direktkandidat antrat, den Nazi-Aufmarsch unterstützt, ist bisher offen. Im Bundestagswahljahr scheint deren Landeschef Andreas Molau seinen Haufen erst dann antreten lassen zu wollen, "wenn das politisch richtig interessant wird" (O-Ton). Allerdings billige und unterstütze man seitens der NPD die

Pläne Bührigs. - Antifaschistische Bündnisse haben inzwischen ihre Arbeit gegen die Nazi-Provokation aufgenommen.

Weltladen gegen NPD-Stände

Nachdem die Stadt Celle ihm zum wiederholten Male am 8. November einen Stand der NPD vor den Eingangsbereich setzte, hat sich das Team des Weltladens bei der Verwaltung beschwert. Man muss sich wirklich fragen, wer einen Spaß daran hat, ausgerechnet einem Projekt des solidarischen Internationalismus die chauvinistischen Nationalisten vor die Nase zu setzen? Die Stadt begründet die Platzierung der Neofaschisten mit "Sicherheitsüberlegungen". Aber man wolle überlegen, ob der NPD-Stand auch mal woanders stehen könne. (Wie wär's mal mit der Müllumladestation?) - Gegen die Nazis um Dennis Bührig hatten vor Ort Mitglieder des Forum gegen Rechtsextremismus protestiert.

Celler Neonazis dankten Waffen-SS

Gleich an zwei Sonntagen hintereinander huldigten Neofaschisten in Essel bei Hannover der Waffen-SS. Am 16. November führten sie auf dem dortigen Soldatenfriedhof wie schon im Vorjahr ihr sogenanntes "Heldengedenken" durch. Beteiligt waren mehr als 30 Neofaschisten aus Niedersachsen und Ostvorpommern. Dennis Bührig, Neonazikader aus Celle, dankte der Waffen-SS und betonte: "Ihr Opfer unser Auftrag". Auf der Gedenkschleife der Kameradschaft "Snevern-Jungs" und der Neonazigruppe "Düütsche Deerns" war der Schriftzug "In stolzer Trauer" zu lesen. Die Veranstaltung endete mit dem Absingen des SS-Liedes "Wenn alle untreu werden". - Bereits sieben Tage später versammelten sich fast 50 alte und junge Faschisten, die meisten aus Hannover, Celle und Soltau-Fallingbostel auf dem Soldatenfriedhof. Ein Sprecher der

"Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) gedachte "der Gefallenen verschiedener Waffengattungen, auch dem Reichsarbeitsdienst und der Waffen-SS". Die Soldaten seien "getreu ihrem Fahneneid fürs Vaterland" gefallen. Mitglieder einer Studentenverbindung verwehrten Nazigegnern den Zutritt zum Friedhof. "Jetzt ist der Kranz der Gemeinde Essel zum Volkstrauertag eingerahmt von Nazipropaganda", erklärte Gewerkschafter Charly Braun vom Bündnis gegen rechts. Er forderte alle Verantwortlichen auf, dem Treiben alter und neuer Nazis endlich ein Ende zu setzen. (Tobias Philipp in JW, 26.11.2008) - ausführlich unter http://www.recherche-nord.com/index.php?option=com_content&task=view&id=248&Itemid=74

Pillibeit und Heitland

Die Staatsanwaltschaft hat im November die Ermittlungen gegen den ehemaligen CDU-Ratsherrn Frank Pillibeit und den ehemaligen JU-Vorsitzenden Moritz Heitland eingestellt. Gegen sie war wegen des Verdachts der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen, sprich des so genannten Hitlergrußes ermittelt worden. Die beiden waren Teil einer größeren Gruppe, die sich von einer Party in der CD-Kaserne provozierend dem Bunten Haus genähert hatte. Immerhin stellte Oberstaatsanwalt Warnecke gegenüber der CZ fest: "Es ist wohl immerhin gesehen worden, dass irgendwer aus einer Gruppe heraus den Hitlergruß gezeigt haben soll - aber jedenfalls keiner von den beiden." Mehr hatte Hesse auch nicht behauptet; allerdings hatte die CZ den Vorwurf personalisierend auf Heitland und Pillibeit zugespielt.

Bombenschrott ausstellen?

Die Bündnisgrüne Rathausfraktion hat beantragt, eine Dauerausstellung

zum Thema "Nationalsozialismus in Celle" zu erarbeiten und im Bomann-Museum oder im so genannten Torhaus beim Neuen Rathaus zu präsentieren. Im städtischen Haushalt 2009 sollen 5.000 Euro für die Erarbeitung eines ersten Ausstellungskonzepts eingestellt werden. Abgesehen davon, dass man mit dem beantragten Betrag kaum zu einem "Konzept" kommt, eine interessante Idee. - Die CDU-Fraktion hat diese Anregung aufgegriffen, aber mit einer Stoßrichtung, die offenbart, dass man sich auf dem Feld der Erinnerungspolitik bewegt. Denn im bürgerlichen Lager hat man scheinbar schon eine genauere Vorstellung, jedenfalls was Ort und Titel betrifft: "Im sog. Torhaus auf dem Gelände der ehemaligen Heidekaserne wird ein Dokumentationszentrum eingerichtet. Diese Ausstellung soll unter den Titel gestellt werden: >Der

Nationalsozialismus und seine Folgen - Krieg, Gewalt und Verfolgung in Celle<." Auf den Ort sind Bündnisgrüne und CDU gekommen, weil im Anschluss an den Bombenangriff vom 8. April 1945 und das sich anschließende Massaker überlebende KZ-Häftlinge auf dem Gelände der Heidekaserne ohne jegliche Versorgung bis zur Befreiung am 12. April gefangen gehalten wurden. Es ist plausibel, bei einer Lokalgeschichte des Nationalsozialismus dieses Kriegsendverbrechen ins Zentrum zu stellen. Weit weniger plausibel ist, die Vorstellung, dass die Ausstellung von Bombenschrott irgendeinen Erkenntnisgewinn bringen könnte - wie es die CDU vorschlägt: "Auch die im Rahmen der Straßenbauarbeiten am Güterbahnhof sichergestellten Zeugnisse des Bombenangriffs (Metallreste von zerstörten und zerfetzten Waggons, Achsen, Schienen, Schwellen, Bombensplitter) könnten Verwendung finden." Da kommt leicht der Verdacht, dass - unter den Trümmern - die notwendige Differenzierung von Opfern und Tätern verschwinden soll. Das zumindest wäre ein Rückfall hinter den Stand der aktuell erreichten geschichtspolitischen Auseinandersetzung, wie sie sich an den

Beispielen Meyer und Blanke gezeigt hatte. - Deshalb hier ein Vorschlag unsererseits: Wie wäre es, im nächsten Jahr - unter Einbeziehung der ja in Celle angesiedelten Gedenkstättenstiftung eine Tagung zu Fragen lokaler Erinnerungskultur für die Zeit des Nationalsozialismus durchzuführen? So bekäme zumindest erst einmal einen Zugang zur aktuellen historischen und didaktischen Diskussion.

René Leduc

Mit der "René-Leduc-Straße" ehrte die Stadt Celle den ehemaligen Bürgermeister der französischen Partnerstadt Meudon. Leduc war als Widerstandskämpfer 1944 von der Gestapo in Paris verhaftet worden und hatte bis zu seiner Befreiung am 5. Mai 1945 die Konzentrationslager Bergen-Belsen, Auschwitz, Buchenwald und Flossenburg durchlitten. 1947 war er in Meudon zum Bürgermeister gewählt worden. Bei einer deutsch-französischen Konferenz kommunaler Verwaltungschefs im Jahr 1953 traf Leduc auf Celles Oberstadtdirektor Hellmuth Krohn; aus der Begegnung erwuchs die Idee zu einer der ersten deutsch-französischen Städtepartnerschaften.

KGS-Debatte

Die Debatte im Kreistag war eine dieser Glanzstunden der Demokratie: Unqualifizierte gegenseitige Beschimpfungen, ohne sich die Argumente des jeweils anderen überhaupt nur anzuhören und schon gar nicht, sich damit auseinander zu setzen. Da half es auch nichts, dass die Elternräte beider Winsener Grundschulen, die Einführung einer KGS forderten. In dem "Winsener Manifest" halten sie fest, dass den Kindern Bildungschancen genommen würden, wenn kein vollständiges wohnortnahes Angebot geschaffen würde. Nach Gutsherrenart verkündete der ehemalige Schulleiter des HBG, Horst Reichel, heute "Schulexperte" der

CDU-Kreisfraktion, mit der CDU würde es weder eine IGS noch eine andere Gesamtschule im Kreis geben. Wie ernst ist die letztlich beschlossene Elternbefragung dann überhaupt zu nehmen. Die Bündnisgrünen kritisierten die kreisweite Befragung, weil überhaupt nicht klar sei, wie man mit den Ergebnissen wollen. Ein berechtigter Einwand: Was wäre die Konsequenz aus einer höheren Zustimmung in Bergen statt in Winsen oder sogar einer noch höheren in Wathlingen? - Die Bündnisgrünen haben im Rat der Stadt Celle im übrigen den Antrag gestellt, "dass bei der vom Landkreis geplanten Gesamtschulbefragung die Frage nach Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) mit Standort Celle aufgenommen wird." Gute Idee: Damit setzt man die Fans des dreigliedrigen Schulsystems unter Druck bzw. sollte sich bei einem enttäuschenden Ergebnis ernsthaft mit einem Ortswechsel befassen, so die Kinder in Bälde ihre Schullaufbahn antreten müssen.

McDoof macht dicht

Mal eine gute Nachricht: Die Innenstadt-Filiale von McDonalds macht Anfang des Jahres dicht. Ausschlaggebend war aber weder Gesundheits-, noch das Weltenretter-Bewusstsein der CellerInnen, sondern eher die Tatsache, dass die Umsätze nach 18 Uhr nicht (mehr) stimmen. Der Betreiber, Werner Lampe, will neben seinem Geschäft an der Braunschweiger Heerstraße einen weiteren Drive-In, wahrscheinlich an der Hannoverschen Straße, eröffnen.

Gedo wieder da

Biermann geht, Gedo kommt? Einen Zusammenhang gibt es aber nicht. Im Sommer hatte der Projektentwickler Gedo GmbH das Handtuch geworfen, weil er die Wünsche der Stadt nach der Ankermietern H&M und Media-Markt in der geplanten Altstadtgalerie nicht erfüllen konnte. Jetzt steigt Gedo noch einmal in den Ring. Zugkräftige

Ankermieter kann man zwar nach wie vor nicht präsentieren, aber scheinbar wird das Projekt dadurch attraktiver, dass durch die Verlegung der Feuerwehrrunde der Bau eines "normalen" Parkhauses möglich wird. (Im ersten Planungsschritt hatte man eine fünf Millionen Euro teure Verkehrsspannweite von der Wehlstraße auf ein Parkdeck finanzieren müssen.) Weniger Kosten lassen auf bessere Rendite hoffen - und da "verzeiht" man bei Gedo dann auch jene nach der ersten Runde nicht gerade schmeichelhaften Äußerungen aus der Ecke der Celler Kommunalpolitik. Für die CDU-Ratsfraktion sandte Astrid Peters jetzt gleich mal positive Signale. Auch wolle man bei der Ankermieterfrage nicht mehr mit konkreten Namen agieren. FDP und Grüne wollen drüber reden, die SPD will sich das Konzept "fairerweise" mal anhören. Die innenstädtische Händlerorganisation "Celles Mitte" besteht dagegen auf der Unterbringung von "Frequenzbringern", denn nur wenn ein solches Center für zusätzliche Innenstadtkunden sorgt, gibt es nicht nur eine einfache Umschichtung.

Bowling for Columbine

Niedersachsens Kulturministerin sieht Vorteile darin, wenn SchülerInnen den Umgang mit Waffen lernen. Sie genehmigte ein entsprechendes Modellprojekt in Wesermünde. Dort soll mit Unterstützung des Schützenvereins bald Lichtpunktgewehrschießen auf dem Stundenplan stehen. In Celle sehen's die einen so und die anderen so: Matthias Dickmann, Leiter der GHS Groß Hehlen sagte gegenüber der CZ: "Schießen ist als Schulsport ungeeignet. Schießen wird leider auch zum Schießen auf Menschen genutzt. Das muss man nicht trainieren." Anders Fritz Sudmeier, Leiter der Wathlinger Hauptschule: "Sofern das Angebot qualitativ hochwertig ist und erzieherischen Ansprüchen genügt, würde ich ein Angebot nicht ablehnen." Und Paul Zblewski von der GHS Neustadt: "Wir mühen uns ab, den Schülern

Schlüsselqualifikationen wie Verantwortungsbewusstsein und Konzentration beizubringen. Beim Schießen könne die Schüler das lernen und noch dazu den kritischen und respektvollen Umgang mit der Waffe." - Uns fehlen, ehrlich gesagt, fast die Worte. Nichts gegen "Verantwortungsbewusstsein" und "Konzentration", aber könnt ihr das echt nicht anders "beibringen" als durch Schießen?

City-WLAN

Während es ja im wirklichen Leben nicht so richtig klappt, viele Läden in der Innenstadt leer stehen und sich keine politischen Mehrheiten für irgendeine Art Einkaufsgalerie ergeben, dreht das City-Management so richtig auf. Ab Januar kann man die Leerstände über eine Interbet-Service-Plattform überall in der Altstadt informieren. Nein - selbstverständlich nicht darüber, sondern über all die tollen Läden, ihr Angebot und ihre Öffnungszeiten. 70 Händler, Kneipen und Dienstleister sind aktuell mit vollem Angebot dabei. Die zahlen mit 25.000 Euro immerhin gut 10 % des 230.000 Euro-Projekts - den Rest tragen über unterschiedliche Töpfe die SteuerzahlerInnen. Aber wer wird denn meckern: Sind doch nur 3.000 Euro pro Laden. - Nur: Warum zahlen's die dann eigentlich nicht selbst?

Badeverbot, aber Ostumgehung

Die älteren Semester unter unseren LeserInnen sehen sicherlich mit einer gewissen Erleichterung, dass sich wieder junge Menschen im Sommer zum Baden in die Lachte und die Aller begeben können - ohne dass ihre Akne daher rührt. Nun hat die Stadt in der so genannten "Mascher Bucht" als linken Allerufer in der Nähe der Otto-Schade-Sportanlage ein Badeverbot erlassen. Man will so das Naturschutzgebiet "Obere Allerniederung" schützen. Vor nicht allzu langer Zeit fanden es die Oberen noch angesagt, eigentlich genau

dort die "Ostumgehung" zu bauen. Hoffen wir jetzt mal, dass die "Mascher" ihrem Ruf gerecht werden und sich um derartige Verbote wenig scheren.

Stankiewicz knapp vor Pleite

Nur knapp konnte Anfang Dezember die dem Autozulieferer Gimotive/Stankiewicz drohende Insolvenz abgewendet werden. Die ehemalige Continental-Tochter mit einem Jahresumsatz von zuletzt 270 Millionen Euro und weltweit mehr als 2100 Beschäftigten hätte wohl vor der Pleite gestanden, falls die Banken den Geldhahn zugedreht hätten. Stankiewicz stellt unter anderem Schallisierungen für gehobene Pkw her. Von einer Insolvenz des Zulieferers wären daher auch Volkswagen, Audi, BMW und Daimler mit betroffen gewesen.

Gimotive/Stankiewicz hat in Deutschland neben dem Hauptstandort Adelheidsdorf bei Celle mit rund 600 Beschäftigten weitere Standorte in Hamburg, Hameln, Bad Friedrichshall (Baden-Württemberg), Straubing (Bayern) und Friedrichroda. Produziert werden unter anderem Schallisierungen und Gummi-Bodenbeläge. Sofort als sich die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Automobilindustrie auswirkten, war Stankiewicz in Zahlungsnot geraten. Über zwei Wochen lang verhandelte die Geschäftsführung mit Banken, Gesellschaftern und Vertretern der niedersächsischen Landesregierung. Gut die Hälfte der Belegschaft demonstrierte nach der ersten Verhandlungswoche am Werk in Adelheidsdorf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Doch es glich eher dem Starren des Kaninchens auf die Schlange, als einer selbstbewussten Manifestation, wenn der Betriebsratsvorsitzender Gerhard Thies an die Banken appellierte, Kredite für den in Finanznöte geratenen Autozulieferer zu erteilen. Und irgendwie konnten ja auch wirklich Zweifel aufkommen, ob die vielbeschworenen

Rettungsschirme auch für die Beschäftigten taugen oder nur für Bosse und Aktionäre.

Schrottpreise sinken - Kunstpreise steigen

Ein bisschen besser als die allseits beliebten Findlinge ist die ja schon, die Installation "Atreus" von Hartmut Stielow, die seit einem guten halben Jahr in der Mitte des Kreises Bahnhofplatz/Biermannstraße steht. Umhauen tut einen aber weniger die Skulptur als vielmehr die 69.000 Euro, die die Stadt auf Beschluss des Kulturausschusses dem Künstler überweisen will. Ausgesucht worden war die Skulptur aufgrund der Anregung des "Kunstförderers" Robert Simon. Er sollte - so die Intention der Verwaltungsspitze - damit beauftragt werden, ein Konzept zu erarbeiten, das künftig pro Jahr den Erwerb einer weiteren Skulptur vorgesehen hätte. Aus letzterem wird erst einmal nichts: Der Kulturausschuss hatte am Ende Bedenken hinsichtlich der Kosten und wollte konzeptionell auch lokale Künstler einbezogen sehen. Die Banausen-Fraktion unserer kleinen Zeitschrift brachte angesichts sinkender Schrottpreise - nicht ganz ernst gemeint - Biskupek ins Gespräch. Gut, dass wir nicht im Kulturausschuss sitzen.

Verwaltungsausschuss passé

Wie gewonnen, so zerronnen. Mit der Bildung einer Fraktion hatte die BSG/Linke einen stimmberechtigten Sitz im vertraulich tagenden und "gewichtigen" Verwaltungsausschuss bekommen. Das hatte CDU und FDP von Beginn an genervt. Jetzt nahmen sie das Ausscheiden von OB Biermann zum Anlass eine sogenannte Gruppe zu bilden, also ihre Sitze zusammenschmeißen. Rechnerisch muss daraufhin neu aufgeteilt werden und der stimmberechtigte Sitz von Wolf Wallat wandert zur CDU/FDP; Wallat bleibt das Grundmandat, d.h. Rede- aber kein

Stimmrecht. - Der von den Bündnisgrünen zur CDU übergelaufene Gerhard Vasterling wurde übrigens zwischenzeitlich mit dem Vorsitz im Sozialausschuss "belohnt".

Juretzko - Seitenwechsel

Der Kreisverband "Die Linke" hat im Herbst noch einmal Zuwachs bekommen: Norbert Juretzko, ehemaliger SPD-Stadtverbandsvorsitzender, wechselte das Parteibuch. Außerhalb des sozialdemokratischen Milieus hatte man in Celle nicht viel von Juretzko; bekannt ist er uns "revistas" als Autor des Enthüllungsbuches "Bedingt dienstbereit" über den Bundesnachrichtendienst, der bis vor wenigen Jahren Juretzkos Brötchengeber war. Der "Sprecher des Kreisverbandes", Lothar Kaminski, bestätigte unterdessen, dass man Wolf Wallat bei einer Bundestagskandidatur - auch für einen aussichtsreichen Landeslistenplatz - unterstützen werde.

Biermann und die KO-Tropfen

Ein (trauriger) Höhepunkt des Jahres 2004 war zweifellos, als "Sebastian B." - Neffe, Rechtsanwalt und seinerzeit Vorsitzender des TUS Celle FC - während einer Party einen Polizeiwagen klappte und nach wilder Fahrt gegen eine Wand setzte. Von Beginn an war seine Verteidigung genauso brilliant. Schon in den ersten beiden Instanzen des Strafverfahrens war ihm eigentlich ein Geniestreich gelungen: 60 Tagessätze á 15 Euro war die erste Strafbemessung (15 Euro Tagessatz als Rechtsanwalt!); in der Berufungsverhandlung drückte er die Gesamtsumme auf 750 Euro. Nachdem dann das OLG Celle die Sache an die Berufungsinstanz, also das Landgericht in Lüneburg zurückverwies, stand endlich fest: Basti ist unschuldig! Böse Buben haben ihm die Partydroge "Liquid Ecstasy" (auch bekannt als K.O.-Tropfen) eingeflößt. Das hatte

Basti schon immer behauptet - und endlich glaubte es ihm auch ein Richter. Eine Urinprobe, die Zweifel hätte beseitigen können, war erstaunlicherweise abhanden gekommen.

Ach so: Einige Tage zuvor wurde vom Celler Amtsgericht ein 48-jähriger zu sieben Monaten ohne Bewährung verurteilt. Der alkoholranke Mann war mit 4,07 Promille Rad gefahren, im übrigen ohne einen Unfall gebaut zu haben. Sieben Monate ohne Bewährung! Die Richterin soll - laut CZ-Bericht - den Mann nebenbei dafür kritisiert haben, dass er mit einer Alkoholfahne zum Prozess erschienen war. Ob sie auch einen Hautkrebskranken auf seine "mieses" Aussehen aufmerksam macht?

Deutscher Meister

Ein Team aus Celle hat im September die Deutsche Meisterschaft im Straßenfußball der Obdachlosen gewonnen. Die Mannschaft des Celler Kalandhofes setzte sich bei dem zum dritten Mal ausgetragenen Kleinfeld-Turnier im Endspiel mit 3:1 gegen den Titelverteidiger aus der Jugendwerksiedlung Hannover durch. Zwei Tage lang hatten rund 180 Wohnungslose aus ganz Deutschland in Hannover um den Pokal gekämpft. Dem Turnier war nur wenig abträglich, dass ausgerechnet Agenda-Schröder als Schirmherr der Meisterschaft auftrat.

Lühmann statt Struck

Die SPD hat für den Bundestagswahlkreis Celle/Uelzen die Celler Kreistagsabgeordnete Kirsten Lühmann nominiert. Sie wird Peter Struck ablösen, der in den letzten 28 Jahren den Wahlkreis im Bundestags vertreten hatte. Die Polizistin stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes. Dort sitzt sie als Vertreterin der Deutschen Polizeigewerkschaft. Diese setzt sich für eine "härtere Gangart" gegen Castor-Gegner ein ("Wer auf Gleisen sitzt, muss anschließend in Gewahrsam

sitzen") und ist für das BKA-Gesetz, Christian Klars Freilassung stößt bei ihr auf "Verbitterung", aber immerhin: Sie ist gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern. - All das unterscheidet die Deutsche Polizeigewerkschaft inhaltlich kaum von der Gewerkschaft der Polizei, nur ist letztere eine Einzelgewerkschaft des DGB - und: Kirsten Lühmann somit keine "Gewerkschaftskollegin".

Wiswe muss weg

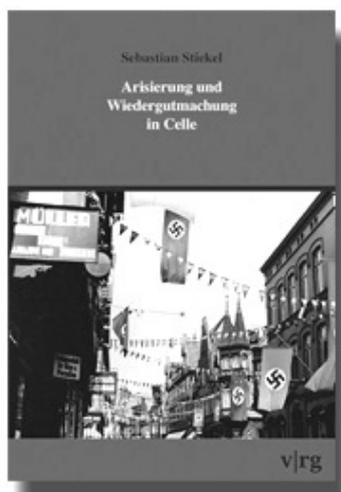
Beim Landkreis häufen sich die Skandale und Flops. Mindestens ein Schaden von 350000 Euro wurden zuletzt bei der Gebäudesanierung verbrannt. Der Landkreis als Schulträger begann vor zwei Jahren mit der Sanierung des Gebäudes der ehemaligen Astrid-Lindgren-Schule in Hambühren. Nachdem mittlerweile 350.000 Euro verbaut sind, stellte sich heraus: Da lässt sich zu vertretbaren Kosten nichts mehr sanieren. Der Abriss ist die beste Lösung. Der Landkreis räumt ein, Fehler gemacht und weder die Frage der Wärmedämmung der Außenfassade, noch die Brandschutzauflagen richtig eingeschätzt zu haben.

Tänzer wieder zurück

Mit einigem Schrecken mussten wir feststellen, dass Celles "größter" schreibender Krawallmacher zu alten Wurzeln zurückkehrt: Klaus Tänzer schreibt seit Anfang September wieder für den Celler Kurier. Zu Jahresanfang hatte er sein monatliches Blatt, den "Celler Blickpunkt" an den Schadinsky-Verlag abgegeben, der ein harmloses Feuilleton mit entsprechendem Umfeld für Anzeigenkunden daraus machte. Tänzers Rückkehr zum Kurier hat jetzt tatsächlich was von "Rambo VI". "Todsicher treffen Tänzer Texte" - mit diesem seinem Werbespruch wird der Meisterreimer und Groß-Alliterator uns also künftig weiter nerven.

Neue Regionalstudie

Arisierung und Wiedergutmachung in Celle



erschienenen Buch "Arisierung und Wiedergutmachung in Celle", wie dieser Enteignungsprozess ablief, welchen Anteil die lokalen Akteure hatten. Bei den Widrigkeiten der "Wiedergutmachung" nach 1945 erschreckt bei den vom Autor analysierten Fällen vor allem die Uneinsichtigkeit, mit der sich manche Profiteure an das geraubte Gut klammern.

Komprimiert und gut lesbar beschreibt Stielke zu Beginn die Situation der kleinen jüdischen Gemeinde und die "Verstrickung der Celler Eliten" in den Ausgrenzungsprozess ab 1933. Jeweils mit lokalen Beispielen unterfüttert werden dann die Gesetze und Verordnungen vorgestellt, die dem Unrecht die Rechtsform gaben: Reichsfluchtsteuer, die Nürnberger Gesetze, das Devisenrecht, die auf die Pogromnacht folgende "Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben" und die Perfidie der "Judenvermögensabgabe". Wer nach 1938 emigrierte, fand sich ausgeraubt. Der verbliebene Besitz konnte einzig noch zu Zwecken der Ausreise eingesetzt werden.

Sebastian Stielke geht am Beispiel Ida Freidbergs detailliert auf diesen Enteignungsprozess ein, an dessen Ende die 1933 als vermögend zu betrachtende Besitzerin der Kaufhauses Freidberg (Am Markt / Neue Straße), im April 1941 verarmt in New York ankam.

Bis dahin hatte das Deutsche Reich seinen Kriegshaushalt mit mehreren Milliarden Reichsmark gefüllt; daneben hatten Geschäftsleute und Konzerne, Kommunen und Institutionen ihre Chance genutzt: "Die Arisierung hatte viele Facetten",

Mit welcher Gnadenlosigkeit die jüdische Bevölkerung im Nationalsozialismus ausgeplündert wurde, bevor sie emigrieren konnte oder ab 1941 in die Konzentrationslager deportiert wurde, ist erst seit einigen Jahren ins Blickfeld der Historiker geraten. Eine Reihe zuletzt entstandener Regionalstudien lässt dabei deutlich werden: Das Verbrechen begann vor der eigenen Haustür. Sebastian Stielke zeigt in seinem jetzt

schreibt Stielke, "an ihr beteiligten sich Geschäftsleute oder selbst Großkonzerne, die expandieren oder Konkurrenz loswerden wollten. Am meisten profitierte der gewerbliche Mittelstand. An der Arisierung beteiligten sich auch Privatpersonen, die äußerst günstig an begehrte Immobilien oder Vermögensgüter kamen, oder Städte und Gemeinden, die jüdische Grundstücke nutzen wollten."

Neben dem 1936 verkauften Warenhaus hatte Ida Freidberg drei Hausgrundstücke veräußern müssen und schließlich ihr Aktienpaket an den "Celler Presswerken", einer Firma die Kunstthorn für die Knöpfe herstellte. 1948/49 stellte sie fünf Anträge auf Rückerstattung ihrer Immobilien- und Firmenbesitze. Die Verfahren sind ausführlich in den Wiedergutmachungsakten dokumentiert, die Stielke seiner Untersuchung zu Grunde gelegt hat. Im Zentrum der Verfahren steht die zumeist strittige Bewertung des "Arisierungsgewinns". Und dabei stieß der Anwalt Ida Freidbergs auf hartnäckige Gegner, und teilweise auf "alte Bekannte": Die Stadt Celle, mittlerweile Eigentümerin des ehemaligen Kaufhausgebäudes, stellte sich im Verfahren auf den Standpunkt, der Verkauf sei freiwillig, also ohne Druck erfolgt und lehnte deshalb eine Rückerstattung ab. Akteur städtischerseits war Max Vogel, der 1937/38 als Stadtsyndikus den Immobilienerwerb abgewickelt hatte. Dass die Weiterbeschäftigung des ehemaligen NSDAP-Mitglieds in der Stadtverwaltung auf Seiten des Betriebsrates für Empörung gesorgt hatte, hinderte die Verwaltungsspitze nicht daran, gerade Vogel die Stadt in der Rückerstattungssache vertreten zu lassen. Das Ergebnis bewertet Stielke so: "Die städtischen Akten belegen, dass die Stadt Celle während des gesamten Verfahrens ausschließlich von wirtschaftlichen und finanziellen Überlegungen geleitet wurde, moralische Gesichtspunkte spielten keine Rolle." Wobei man nicht einmal davon ausging, einen angemessenen Preis bezahlt zu haben: "Intern wurde lediglich nach Möglichkeiten gesucht, es so darzustellen." Die Stadt stimmte schließlich einem Vergleich zu, der eine Entschädigung in der doppelten Höhe dessen festschrieb, was sie zwischenzeitlich einmal "freiwillig" angeboten hatte.

Die Stadt immerhin bestritt die Verfolgung Ida Freidbergs nicht. Anders agierten die Arisierungsprofiteure im Fall der Aktienveräußerung. Dort hatte man mit Heinz Bellersen einen Rechtsanwalt engagiert, der als ehemaliger NSDAP-Ortgruppenleiter wenig Anlass sah, die Rechtsstaatlichkeit des Raubzuges in Zweifel zu ziehen. Das ging bei ihm so weit, die Reichsfluchtsteuer als Maßnahme zu bezeichnen, die deshalb

"keinen diskriminierenden Charakter" gehabt habe, weil sie ja nicht nur für Juden galt, sondern von jedem bezahlt werden musste, der ins Ausland wollte. Immerhin: Auch Bellersen scheiterte mit seiner Strategie.

Bellersen und Vogel sind dabei wahrscheinlich nicht einmal untypisch, und beibe keine Celler Spezialität. Die Wiedergutmachungsgesetzgebung war eben nur zu einem geringen Teil aus moralischer Verantwortung erwachsen, sondern auf staatlichem Kalkül hinsichtlich der internationalen Politik gegründet. In der Bevölkerung war sie unpopulär, und führte sogar zu dem (antisemitischen) Ressentiment, sie würde ein Instrument abgeben, mit dem die Juden sich auf Kosten der Deutschen bereichern.

Nach der ausführlichen Vorstellung des Buches "Arisierung und Wiedergutmachung" in der Celleschen Zeitung äußerte sich ein leserbriefschreibender "Zeitzeuge": Noch nach dem Tod Ida Freidbergs habe eine Erbin "einvernehmlich und umgehend" von der Stadt Celle einen strittigen Betrag erhalten. Seine Parallelerinnerung ist wahrscheinlich nicht von ungefähr. Die Erbin, eine "bekannte Fotografin", habe eine Spiegelreflexkamera bei sich geführt, die "in Deutschland damals nicht unter 1000 DM zu bekommen" gewesen sei.

Die ursprünglich als Magisterarbeit verfasste Studie ist mit dem Förderpreis für niedersächsische Landesgeschichte der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen ausgezeichnet worden. Zu recht, denn Sebastian Stiekel hat es geschafft, die überaus komplexen Vorgänge der Ausplünderung und der "Wiedergutmachung" nach 1945 verständlich darzustellen. Dies gelingt durch die Verbindung von Mikro- und Markoebene, also die quellengesättigte Darstellung des Beraubungsvorgangs am Beispiel der Ida Freidberg (und anderer jüdischer Bürger Celles) in Zusammenhang zu bringen mit der reichsweiten Politik. Gerade der lokale Bezugsrahmen lässt darüber hinaus deutlich werden, dass dieser Raubzug sich in den Verwaltungen auf bereitwillige Helfer stützen konnte. Auch führt gerade die detaillierte Darstellung der Verfahren zu einem Verständnis



Das Warenhaus Freidberg im Jahr 1899. Vor dem heute die Buchhandlung Decius beherbergenden Gebäude liegt übrigens ein "Stolperstein" zum Gedenken an die in Auschwitz ermordete Frieda Gimpel. Sie war lange Jahre als Angestellte im Warenhaus "Am Markt" beschäftigt.

der Rahmengesetzgebungen und über die Beschreibung der Strategien der Akteure zum Einblick in Nachkriegsmentalitäten.

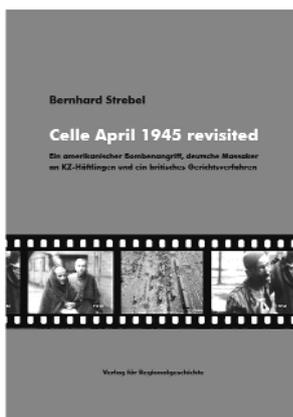
Stiekel, Sebastian: *Arisierung und Wiedergutmachung in Celle*. Bielefeld (Verlag für Regionalgeschichte) 2008. ISBN 978-3-89534-762-7. 216 Seiten. 19 Euro.

Ein amerikanischer Bombenangriff, deutsche Massaker an KZ-Häftlingen und ein britisches Gerichtsverfahren

Celle April 1945 revisited

Das ist "Geschichte, die noch qualmt", lautet die gern zitierte Warnung der amerikanischen Historikerin Barbara Tuchmann bei der Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Fragen. Die Ereignisse des 8. und 9. April 1945 in Celle gehören auch in diesem Sinn zur Zeitgeschichte. Über Jahrzehnte war es gelungen, das Massaker an KZ-Häftlingen

aus dem öffentlichen Gedächtnis zu verbannen. Und noch mit der in den 1980er Jahre einsetzenden historischen Aufarbeitung gingen Tabuisierungen einher: Die bekannten Namen von Tätern wurden öffentlich verschwiegen, die institutionellen Verantwortlichkeiten blieben im Dunkeln. Dennoch galt die kleine Studie von Mijndert Bertram "April



1945" als verlässliche Darstellung des Geschehens. In der jetzt, knapp 20 Jahre danach veröffentlichten Untersuchung "Celle April 1945 revisited" korrigiert der Hannoverische Historiker Bernhard Strebel auf Grundlage neuer und zusätzlich gesichteter Quellen etliche bisher als gesichert geltende Annahmen.

Den Anstoß zu einer erneuten Recherche hatte Bertram selbst gegeben, als er vor knapp drei Jahren behauptete, es lägen noch immer Häftlingsleichen unter den Bahnschienen. Zusätzliche Brisanz gewann das Thema mit der von ihm in einem Aufsatz aufgestellten These, das Massaker falle in den Verantwortungsbereich des damaligen Oberbürgermeisters Ernst Meyer - was zu einer zunächst kontroversen öffentlichen Diskussion, dann im Ergebnis aber zur Umbenennung der Ernst-Meyer-Allee führte. Die Niedersächsische Gedenkstättenstiftung beauftragte Bernhard Strebel mit der Untersuchung der Häftlingsschicksale; und mit der Stadt Celle als Herausgeber erweiterte sich das Forschungsfeld später auf den gesamten Zusammenhang.

So stellt Strebel die Fragen nach Opfern und Tätern neu. Er erzählt drei Vorgeschichten, jene der Häftlinge, jene der Stadt im Frühjahr 1945 und die nach dem Hintergrund und Verlauf des Bombardements. Bei der Analyse der Verbrechen unterscheidet er die unkoordinierten Lynchmorde während der Hetzjagd am 8. April und die während der systematischen Durchkämmaktion am 9. April begangenen Ermordungen der Häftlinge. Die Tage danach brachten für einen großen Teil der überlebenden Häftlinge den Marsch nach Bergen-Belsen und dort die Konfrontation mit einem Schrecken noch größeren Ausmaßes, für einen kleineren Teil das Warten auf die Befreiung in einem Pferdestall der Heidekaserne und für einige wenige auch gelungene Fluchten. Diese Nachgeschichte ist in großen Teilen bisher nicht beschrieben worden. Schließlich wird der Prozess in den Jahren 1947/48 auf Grundlage der Akten aus dem britischen Public Record Office dargestellt, justizgeschichtlich eingeordnet und in seinen Schwierigkeiten analysiert. In seinem "Versuch einer Bilanz" fasst der Autor die neu gewonnenen Erkenntnisse über den Verbleib der Leichen, die Zahl der Bombenopfer und die Zahl der Opfer der Hetzjagden und Massaker zusammen.

Die Studie besticht durch ihre Genauigkeit, wobei Strebel nirgendwo versucht, Ungereimtheiten und Lücken zu glätten. Gerade die fundierte Quellenkritik und die Herausarbeitung letztlich nicht zu klärender Aspekte machen deutlich, wie vieles bisher unhinterfragt blieb. Man kann es fast als Kriminalgeschichte lesen, wie der Autor den von Tätern erzählten Geschichten den Boden entzieht und den entlastenden Legendencharakter offen legt. Wo der Autor den Schicksalen der Opfer nachgeht, gewinnt seine Recherche an Tiefe dadurch, dass er das Grauen von Celle eben nicht räum-

lich und zeitlich isoliert betrachtet, sondern es - aus der Perspektive der Häftlinge - in einen Zusammenhang mit der Vor- und Nachgeschichte stellt.

Zum Ausgangspunkt - nämlich der Frage nach der Zahl und dem Verbleib der Opfer - liefert die Studie Ergebnisse, die erheblich von den bisherigen, zum Teil aber schon in Frage gestellten Darstellungen abweichen: Bertram ging davon aus, dass dem Bombenangriff etwa 800 Zivilisten und über 2000 Häftlinge zum Opfer fielen und weitere 200 bis 300 Häftlinge im Verlauf der Treibjagden und Massaker ermordet wurden. - Nach Strebel kann eine Mindestzahl von etwa 170 Massakeropfern, die auf dem Celler Waldfriedhof begraben sind, als gesichert gelten - die Gesamtzahl aber noch um einiges darüber liegen. Die Zerstörungswucht des Bombenangriffs wurde bisher überschätzt: Unter den Häftlingen gab es etwa 500 Tote, wobei die Quellenlage hier nicht mehr als eine Schätzung zulässt. Genau beziffert werden kann dagegen die Zahl der zivilen Bombenopfer: Ausweislich insbesondere der Beerdigungsregister starben 122 Einwohner, darunter zehn Ausländer.

Über den Verbleib der KZ-Häftlinge, die bei dem Bombenangriff ums Leben kamen, kann auch Strebel keine Klarheit schaffen. Eine würdige Bestattung hat es nicht gegeben, so dass davon auszugehen ist, "dass sich in den zugeschütteten Bombenkratern - und damit unter den Bahngleisen - noch Leichen und Leichenteile von Häftlingen befinden".

Wie sehr man sich in den 1980er Jahren von der so lange verdrängten Dimension des April 1945 beeindruckt ließ, zeigt sich rückblickend auch in dem Foto auf der Titelseite der Broschüre Bertrams. Es ist seitdem häufig veröffentlicht worden, um die Gewalt des Bombenangriffs zu veranschaulichen: aus den Schienen geworfene Lokomotiven auf einem zerfurchten Bahnhofsgelände. Nur hätte man bei genauerem Hinschauen schon immer feststellen können, dass es sich nicht um eine Aufnahme aus Celle handelt. Strebel hat im Rahmen seiner Recherchen dagegen bisher unzugängliche Luftaufnahmen britischer und amerikanischer Herkunft auffindig gemacht und dokumentiert, die die Situation auf dem Güterbahnhof in den Tagen danach darstellen. Der 30-seitige Foto- und Dokumentenanhang rundet insgesamt die Recherche ab und illustriert einige der Schlussfolgerungen.

Das Buch "Celle April 1945 revisited" beeindruckt beim Lesen durch seine klare Struktur und geschichtswissenschaftliche Methodik. Bernhard Strebel ermöglicht so einen geschärften Blick auf "Celles dunkelstes Kapital" - und befreit die bisherige Darstellung des Geschehens und Verbrechens von einigen irreführenden Legenden. Wenn der Text bei aller akribischen Auswertung der Quellen nicht nur lesbar bleibt, sondern zu fesseln vermag, hat das damit zu tun, dass der Autor schreiben kann. Und so hat das Buch einen weit über das "Fachpublikum" hinausgehenden LeserInnenzuspruch verdient.

Bernhard Strebel: Celle April 1945 revisited. Ein amerikanischer Bombenangriff, deutsche Massaker an KZ-Häftlingen und ein britisches Gerichtsverfahren. Bielefeld 2008. ISBN 978-3-89534-768-9. 173 Seiten. 19 Euro.

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags und samstags, Beginn: 20.30 Uhr

Eintritt: 5,00 Euro !

www.kino-achteinhalb.de

12. und 13. Dezember

Ich habe den englischen König bedient

Tschechien 2006 - 118 Minuten

Buchvorlage: Bohumil Hrabal "Ich habe den englischen König bedient" In einer skurrilen Zeitreise, die von den 1920er bis in die 1950er-Jahre führt, erzählt Jirí Menzel vom Aufstieg und Fall eines tschechischen Kellners. Die kleinwüchsige Hauptfigur erinnert sich dabei an die Zeit der ersten tschechischen Republik, der deutschen Besatzung und des Nachkriegs. Politische Umbrüche und heftige Amouren erhalten in seiner Rückblende ein ähnliches Gewicht, wobei es dem Film vorrangig um das Charakterbild eines um Anpassung bemühten und primär am eigenen Fortkommen interessierten Kleinbürgers geht. Dabei nähert sich Menzel seinem Helden eher zärtlich als mit dem Gestus der Abrechnung, bevorzugt weiche Töne und sinnliche Bilder und jongliert lustvoll mit der Filmgeschichte. Der schöne, vielleicht etwas altväterliche Abschluss eines meisterlichen Lebenswerks.

19. und 20. Dezember

Tage und Wolken

Italien 2007 - 115 Minuten

Der Mitinhaber einer Firma in Genua wird von seinen Partnern aus dem Job gedrängt, wodurch er und seine Ehefrau finanziell in solche Nöte geraten, dass sie ihre luxuriöse Wohnung verkaufen und in die Vorstadt ziehen müssen. Während es der Frau bald gelingt, auf die veränderten Lebensumstände zu reagieren, verliert der Ex-Manager zwischen Wut und Selbstmitleid zunehmend die Orientierung. Präzise beobachtetes Sozialdrama, das den Folgen sozialer Deklassierung in feinen Nuancen nachspürt, ohne fatalistisch zu sein

26. und 27. Dezember

Couscous mit Fisch

Frankreich 2007 - 151 Minuten

Sinnlicher Einblick in das Leben einer entzweiten franko-arabischen Familie, die in der dritten Generation in Südfrankreich lebt, wobei sowohl Vorurteile gegen die so genannten "beurs" als auch die Mythen der Emigranten unterlaufen werden. Im Mittelpunkt steht das ehemalige 60-jährige Oberhaupt, das mit einer anderen Frau und deren Tochter zu-

sammenlebt. Als er entlassen wird, ermutigt diese ihn, ein Restaurant zu eröffnen. Ein ebenso unterhaltsamer wie intellektueller Film, der sein Sujet realistisch, aber mit spürbarer Zuneigung angeht.

2. und 3. Januar 2009

Old Joy

USA 2006 - 76 Minuten

Zwei alte Freunde, die vor Jahren in einer Wohngemeinschaft lebten, verabreden sich zu einem Wanderausflug, um eine tief im Wald gelegene heiße Quelle zu finden. Doch schon kurz nach dem Wiedersehen wird deutlich, dass sich beide auseinander gelebt haben und nur noch wenig miteinander anzufangen wissen. Die wortkarge Spannung löst sich, als sie am überwältigenden Ziel ihrer Wanderung angekommen sind. Ein minimalistisch inszenierter Film, der die Entfremdung der Protagonisten auf kontemplative Weise erfahrbar macht und durch Auslassungen und kluge Zurückhaltung mit stiller Schönheit beglückt.

9. Januar 2009

Übriggebliebene ausgereifte Haltungen

Deutschland 2007 - 89 Minuten

Musik: Die Goldenen Zitronen; Mit Enno Palluca, Stephan Rath, Schorsch Kamerun, Ted Gaier, Thomas Wenzel, Mense Reents, Rebecca Walsh, Aldo Moro, Ale Sexfeind, Hans Platzgumer, Daniel Richter, Claus Fabian, Matthias Bröckers, Diedrich Diederichsen, Clara Dokumentarfilm

Kaum eine Band zeigte sich in ihrer Geschichte so wandelbar wie Die Goldenen Zitronen. Entstanden aus der Ursuppe des Punk, gelten Sie als Vorläufer der 'Hamburger Schule' und wichtige Vertreter des frühen 'Fun Punk'. Aber auch Jazz und HipHop waren in der Vergangenheit vor Schorsch Kamerun und seiner Band nicht sicher.

10. Januar 2008

Hölle Hamburg

Deutschland 2007 - 88 Minuten

Regisseur Ted Gaier von den Goldenen Zitronen ist zu Gast im achteinhalb

Im Hamburger Hafen ist ein Schiff von seinen Eignern verlassen worden. Die Mannschaft ruft die Geisterkader der Komintern zur Hilfe, die vom Bewusstsein einer Dokumentarfilmerin Besitz ergreifen. Das Agitprop betritt wieder die Bühne, und in den Jahren seiner Abwesenheit ist es wild geworden. Ted Gaier und Peter Ott haben einen schlaun Zombiefilm über Zukunft und Vergangenheit des Hafengewerbes gedreht und rufen zur Meuterei gegen die Prekariisierung auf.



HÖLLE HAMBURG & Übriggebliebene Ausgereifte Haltungen & Ted Gaier

DIE GOLDENEN ZITRONEN

"Aber das, was mit Kommunismus gemeint ist, ist das Versprechen, dass die Welt solidarisch organisiert

werden könnte. [...] Ganz generell kann man sagen, es muss eine emanzipatorische Form von Sozialismus geben, die Menschen nicht aufgezwungen werden muss. Und der Anteil am Gemeinwesen, der muss von den Leuten verstanden und erarbeitet werden, der kann nicht von oben verordnet werden." Ted Gaier, 2006

Ein Wochenende rund um die Goldenen Zitronen - erst Peters Otts Film über die Band ("Übriggebliebene Ausgereifte Haltungen"); dann "Hölle Hamburg", bei dem Ott gemeinsam mit Ted Gaier von den Zitronen die Regie führten.

Linksradikale künstlerische Avantgarde in Deutschland - gibt's die noch? Die Goldenen Zitronen gehören jedenfalls dazu. Ähnlich wie Chumbawamba haben sich die Zitronen in ihrer Bandgeschichte zunehmend politisiert, aber während die Briten den Weg vom Punk zum Lied gewählt haben, verarbeiten die Hamburger seit längerem Elektro-, Noise- und Jazzelemente. Ihre Produktion aus dem Jahr 2006 - "Lenin" - ist auf der Höhe der Zeit(-kritik). Peter Otts Film über die Zitronen versucht diese Entwicklung der Band zu reflektieren. Kristof Schreuf, vor langer Zeit mal Sänger/Texter der Band "Kolossale Jugend", heute Autor/Journalist schreibt über den Dokumentarfilm "Übriggebliebene Ausgereifte Haltungen" "Die Leute, auf die Ott mit seiner Kamera zukommt, als Band zu bezeichnen, wäre eine grobe Untertreibung. Sie bilden das, was man bis in die neunziger Jahre hinein einen 'Zusammenhang' nannte. [...] Ott präsentiert sie uns als denkbar lockerste, wuseligste Massenformation. Deshalb wirken die Zitronen im Film grundsätzlich anziehend. [...] Auf die Frage, warum sie in all den Jahren keines der Angebote, zu einem Major-Label zu wechseln, angenommen haben, antwortet einer von ihnen fast verdutzt: "Wozu hätten wir das machen sollen?" [...] Wer wie der Filmbetrachter deren Mitgliedern begegnet, ist gleich mittendrin, mitten im Sozialen, mitten im Machen, wird angesteckt vom smarten Drive, der von den Goldenen Zitronen ausgeht."

Aus dieser Haltung heraus ist auch "Hölle Hamburg" entstanden. Die Geschichte lässt sich selbstverständlich nicht in einem Satz erzählen: Eine alleinerziehende Dokumentarfilmerin arbeitet an einem Projekt über den Hamburger Hafen und stößt dabei auf eine von ihrem Eigner verlassene Schiffscrew, die sich auf rituellem Wege verbunden sieht mit der untergegangenen subversiv-kommunistischen Seeleutegewerkschaft Interklub, worin wiederum ein Geheimdienstmitarbeiter eine potenzielle Sicherheitslücke in der internationalen Seefahrt sieht und seinen destruktiven Job zu machen versucht.

Wer jeden Handlungsstrang verstehen will, sollte vorab einen Blick auf die hintergründige Website zum Film schauen: Hier finden sich Informationen zu "abandoned ships", zur Entwicklung des Hafens, zur Geschichte der Internationalen Seeleutegewerkschaft, zum ästhetischen Konzept des Films und auch zu den irritierenden schamanischen Ritualen der Schiffscrew. - Dietrich Kuhlbrodt, der Filmkritiker der konkret, meint, schlau machen könne man sich aber auch hinterher. Sich vom Film ergreifen zu lassen bringe mehr Spaß: "Großes Erlebnis! Starke Erfahrung!"

Das neue Jahr beginnt also mit einem kulturellen Highlight - wer nicht hingehht, hat selber schuld. Dass es dem 8 ½ zudem gelungen ist, Ted Gaier zu einem anschließenden Filmgespräch zu "Hölle Hamburg" einzuladen, lässt nur dazu anraten, sich ein Plätzchen reservieren zu lassen.

09.01.09, 20.30 Uhr: übriggebliebene ausgereifte haltungen. Dokumentarfilm über die Goldenen Zitronen

10.01.09, 20.30 Uhr: Hölle Hamburg - zu Besuch Regisseur Ted Gaier von den Goldenen Zitronen



Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit



Rechtsextremismus erscheint in Deutschland seit den 1990er Jahren immer deutlicher als netzwerkartiges Organisationsgebilde, seine parteiförmige Ausbildung verliert dabei - abgesehen von einigen Wahlerfolgen der NPD - an Relevanz. Es entwickelten sich neue Hauptträger, Strukturen, Handlungsstrategien, Interaktionsmuster mit dem gesellschaftlichen Umfeld und Aktionsformen. Jugendkulturelle

Elemente und rechtsextreme Erlebniswelten gewannen an Bedeutung. Kurz: Es fand eine Verjüngung, Professionalisierung und Dynamisierung des Rechtsextremismus statt.

Andreas Klärner setzt sich in seiner neuesten Veröffentlichung "Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit" mit diesem neuen Erscheinungsbild auseinander. Weil die rechtsextreme Bewegung jüngst weniger durch Gewalttaten als durch neue Protestformen auffällt, fokussiert sich der Autor auf die Frage nach den Profilen, dem Selbstverständnis, den Motiven und Zielen der Aktivisten, die Gewaltverzicht üben. Zur Beantwortung dieser Fragen blickt Klärner auf die lokale Ebene; er untersuchte im Zuge einer soziologischen Gemeindestudie die rechte Szene in einer ostdeutschen Stadt. Andreas Klärner gewährt durch seine Recherchen und Interviews bislang selten nachzulesende Einblicke in ein ansonsten schwer zugängliches Milieu. Zunächst skizziert er jedoch am Anfang des 348seitigen Buches die Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945. Dabei orientiert sich Klärner an der in der gängigen Literatur mittlerweile üblichen Unterteilung in vier Wellen oder Phasen. Dennoch erscheint es nicht ganz einsichtig, warum dieser historische Exkurs der spannenden Feldstudie vorgeschaltet sein muss. Der folgende Abschnitt über Rechtsextremismus als soziale Bewegung passt da schon besser ins Bild, weil der Autor sich auf Basis des lokalen Fallbeispiels auf die aktionsorientierte rechtsextreme Bewegung und deren Eliten wie Basisaktivisten konzentriert. Nach Ausführungen zur Methodik der Fallstudie geht es in medias res: Andreas Klärner beschreibt die Geschichte der rechtsextremen Szene in "A-Stadt", den gesellschaftlich-innerstädtischen Kontext, Aktionsformen und öffentliches Auftreten der Rechten. Anschließend gelangen die Aktivisten und ihr engeres Umfeld in den Blickpunkt. Wichtig ist dem Autor ebenfalls das Selbstverständnis der Interviewten, das er in den drei Teilen "Problemdefinition und Zukunftsvisionen" (Wahrnehmung und Kritik an der Gesellschaft und am politischen Gegner,

Veränderungswünsche, Zukunftsentwürfe), "Selbstbeschreibung" (Was bedeutet "Volk"?, Hauptfeinde, Zusammenhaltstiftung/Wir-Gefühl) und "Handlungsorientierungen" (Begründung des Einsatzes bestimmter Aktionsformen, Begründung der eigenen Teilnahme, Einschätzung des Erfolgspotenzials) darlegt.

Andreas Klärner bilanziert daraufhin: "Die am A-Städter Beispiel aufgezeigten Transformationsprozesse in Bezug auf Organisations- und Aktionsformen belegen die These, dass der organisierte deutsche Rechtsextremismus ein soziales Gebilde mit hoher Innovationskraft ist. Die Lokalstudie hat gezeigt, dass die rechtsextreme Bewegung sehr aktiv, in ihren Strategien provokativ und erfinderisch ist; sie ist kampagnenfähig, verfügt über engagierte Basisaktivisten sowie einen kleinen Kern von Kadern oder Bewegungsinтеллектуellen und insgesamt über gefestigte Strukturen" (S. 290). Gleichwohl ist die Mobilisierungskraft wohl eher beschränkt.

Zum Abschluss wägt der Autor die Erfolgsaussichten der rechtsextremen Bewegung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ab und erläutert mögliche Gegenstrategien. Er fordert: "Es [gilt] jedoch, diese angebliche Gesprächsbereitschaft der Rechtsextremen und ihre Forderung, sich unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit an Diskussionen beteiligen zu dürfen, als das zu entlarven, was sie sind: taktische Manöver. Die Ziele und politischen Visionen der Akteure sind, trotz aller Tarnungsversuche, eindeutig und haben mit Demokratie und Meinungsfreiheit nichts zu tun [...] Hält die demokratische Öffentlichkeit an der Isolierung des Rechtsextremismus auf breiter gesellschaftlicher Basis fest, wird dies, so meine abschließende These, entscheidend dazu beitragen eine dauerhafte Etablierung der Bewegung zu verhindern" (S. 309).

Es ist Andreas Klärner hoch anzurechnen, dass er die akademischen Mauern verließ und sich vor Ort in die "Höhle des Löwen" begab. Gerade deshalb sind seine Beschreibungen reizvoll, fesselnd, bisweilen auch amüsant. Er demaskiert die politische Mimikry der extremen Rechten, verdeutlicht den dynamischen Charakter der Szene, zeigt in seiner empfehlenswerten Studie aber vor allem eines: Die rechtsextremen Biedermänner bleiben geistige Brandstifter.

Andreas Klärner: Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten Hamburger Edition, Hamburg 2008

entnommen: <http://www.redok.de/content/view/1227/80/>

TERMINE

Mi., 14.01.2009, 19 Uhr
Celle, Buntes Haus (Hannoversche Str. 30 f.)

Soziale Bewegungen in Chile - zwischen Pinochet und Demokratisierung



Die Referentinnen Sandra Catalan und Carola Gonzales arbeiten als Lehrerin und Sozialarbeiterin in Valparaiso/Chile. Politisch und gesellschaftlich sind sie in verschiedenen Bereichen aktiv. Neben den Informationen und Einblicken in das aktuelle politische Geschehen in Chile soll es auch um die schleppende Aufarbeitung der Pinochet-Epoche gehen und darum, wie sich die Proteste gegen die sozialliberale Variante des Neoliberalismus gestalten. Die beiden Frauen sind im Rahmen einer Rundreise durch verschiedene Städte in Celle auf Einladung des Rosa-Luxemburg-Clubs.

Sa.: 13.12.2008, 21:00 Uhr

HipHop against Fascism

| 2008-11-13 | Am 13. Dezember kommen Kurzer Prozess (Nürnberg), Holger Burner (Hamburg) und Radical Hype (Bremen) nach Celle! Alle kommen und feiern!

Buntes Haus, Celle
Eintritt: 4€

Di.: 23.12.2008, 21:00 Uhr

Radikal Dub Kollektiv Live

Pünktlich zum Winter sind mal wieder internationale Gäste bei uns im Bunten Haus. Radikal Dub Kollektiv aus Zagreb/Kroatien begeistern mit uptempo Live-Dub.

Buntes Haus, Celle
Eintritt: 3€

Fr.: 26.12.2008, 21:00 Uhr

Freedom-Oldie-Night

Zum ersten Mal findet in der CD-Kaserne wie damals im "Freedom" am zweiten Weihnachtsfeiertag die kultige Oldieparty statt. Hier werden Tarnnetz, Altbierbowle und Bachmann ebenso wenig fehlen, wie die Hits von damals.

CD-Kaserne, Celle
Eintritt: 6€

Bitte Spenden für´s Bunte Haus

Spendenaufwurf wegen enorm hoher Energiekosten: Über 4000 Euro beträgt unser Heizkostenanteil für 2007. Das trifft uns hart, vor allem weil es geplante Renovierungsmaßnahmen jetzt unmöglich macht. Wer was übrig hat - her damit! (Eine Spendenbescheinigung bekommt Ihr auch.)

Hier die Kontonummer:
Buntes Haus Celle e.V.
Sparkasse Celle
(BLZ 25750001)
Kontonummer 22 88 17

Mit freundlichen Grüßen,
www.bunteshaus.de

Bitte Spenden für´s Bunte Haus

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus,
Fritzenwiese

sic! - sozial in celle

Erwerbslosenberatung
Je. Di. + Do., 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
19.30 Uhr in der Deutschen
Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr